

Rheinland-Pfalz



Statistische Monatshefte

1996

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1991	23	Mit der Umstellung auf das Preisbasisjahr 1991 wird erstmals ein Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland erstellt. Die Neuberechnung erforderte neben der Anpassung der Wägungsschemata an die veränderten Verbrauchsgewohnheiten auch einige methodische und konzeptionelle Verbesserungen der Verbraucherpreisstatistik.
<hr/>		
Struktur des Obst- und Gemüseanbaus in Rheinland - Pfalz	29	Der Produktionswert für Gartengewächse betrug 1993 in Rheinland - Pfalz etwa 540 Mill. DM. Der Beitrag berichtet über die Struktur des Obst- und Gemüseanbaus, auf den allein knapp ein Drittel des Produktionswertes der pflanzlichen Erzeugung entfällt.
<hr/>		
Lebensumstände älterer Menschen	34	Neben der zahlenmäßigen Entwicklung werden die familiären Verhältnisse, die Erwerbssituation sowie die Einkommenslage älterer Menschen beschrieben.
<hr/>		
Einsatz von Shareware im öffentlichen Dienst	40	Der Aufsatz diskutiert die Kriterien, nach denen Bürosoftware eingesetzt werden sollte. Er nennt die Möglichkeiten des Einsatzes von Shareware und die Bedingungen, die an deren Einsatz geknüpft werden müssen.
<hr/>		
Anhang	9*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	15*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

1995 niedrigste Preissteigerung seit 1988

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet stieg im Jahresdurchschnitt 1995 um 1,7 %, nachdem die Teuerungsrate 1994 noch bei + 2,7 % gelegen hatte. Damit wurde nach 1988 (+ 1,2 %) erstmals wieder ein Preisanstieg von unter zwei Prozent erzielt.

Mit der Umstellung auf das Preisbasisjahr 1991 wird seit August 1995 ein Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland veröffentlicht. Dieser erhöhte sich 1995 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Trotz der angeglichenen Steigerungsraten kann wegen der unterschiedlichen Verbrauchsstrukturen in Deutschland derzeit noch nicht auf den zusätzlichen getrennten Nachweis der Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost verzichtet werden.

Die Vielzahl der derzeit berechneten Preisindizes nach verschiedenen Haushaltstypen und unterschiedlichen Gebietsständen führte zu einigen Änderungen im Veröffentlichungsprogramm der Verbraucherpreisstatistik. Diese werden, wie die Anpassung der Wägungsschemata an die geänderten Verbrauchsstrukturen und die verschiedenen methodischen und konzeptionellen Modifikationen, im vorliegenden Beitrag eingehend erläutert. Darüber hinaus erfolgt ein Ausblick auf den ab 1997 zu berechnenden harmonisierten europäischen Verbraucherpreisindex. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 23.

Nur wenige Betriebe bestimmen den Obst- und Gemüseanbau

Rund 3 200 der insgesamt gut 4 900 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen bewirtschafteten nach den Ergebnissen der Gartenbauerhebung 1994 Obstanlagen. Die 6 100 ha Obstfläche umfaßte im wesentlichen Baumobst. Erdbeeren und Strauchbeeren, die ebenfalls zur Obstfläche gehören, hatten nur für wenige Betriebe Bedeutung. Gegenüber der Gartenbauerhebung 1982 betrug der Rückgang der Betriebe gut 30 %, die Obstfläche blieb etwa konstant. Knapp 300 Betriebe (9,3 %) verfügten über etwas mehr als die Hälfte der Obstfläche. Sie bewirtschafteten im Durchschnitt 10,6 ha Obstanlagen.

Die 1 700 Betriebe mit Gemüseanbau erzeugten auf fast 7 500 ha Fläche Gemüse, darunter gut 5 600 ha im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen. 1982 bewirtschafteten 2 700 Betriebe erst 3 700 ha. Die Konzentration der Flächen ist im Gemüsebau noch stärker als im Obstbau. Auf nur 6,6 % der gemüseanbauenden Betriebe entfiel mehr als die Hälfte der gesamten Gemüsefläche. Diese 111 Betriebe bewirtschafteten durchschnittlich 35 ha Gemüsefläche. Der Anbau in Gewächshäusern hat kaum Bedeutung. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 29.

Lebensumstände älterer Menschen

Die Anzahl älterer Menschen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und wird künftig noch in verstärktem Maße wachsen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, beispielsweise in den Bereichen der Rentenfinanzierung und des Gesundheitssystems, sind erheblich. Infolge der stark gesunkenen Geborenenzahlen sowie der allgemein zunehmenden Lebenserwartung wird die Anzahl der Personen, die 60 Jahre oder älter sind, bis zum Jahr 2030 um fast 40 % zunehmen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird dadurch von gegenwärtig gut 20 % auf nahezu ein Drittel ansteigen.

Ältere Menschen leben häufig allein. Von den rund 900 000 über 60jährigen leben 30 % weder mit einem Partner noch mit ihren Kindern zusammen; bei den 670 000 über 65jährigen betrifft dies weit mehr als ein Drittel.

Die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen hat – langfristig gesehen – stark abgenommen. Von den 60- bis 65jährigen Männern ist seit Mitte der 80er Jahre nicht einmal ein Drittel den Erwerbspersonen zuzurechnen. Von den über 65jährigen Männern waren gut 3 % erwerbstätig.

Die Einkommenssituation weist ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Renten und Pensionen sind für 95 % der über 65jährigen Männer und für 72 % der Frauen die hauptsächliche Unterhaltsquelle. Sehr geringe monatliche Nettoeinkommen von weniger als 1 000 DM beziehen 7 % der Männer und 47 % der älteren Frauen. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 34.

**Preisindex für die Lebenshaltung
im Bundesgebiet 1995**

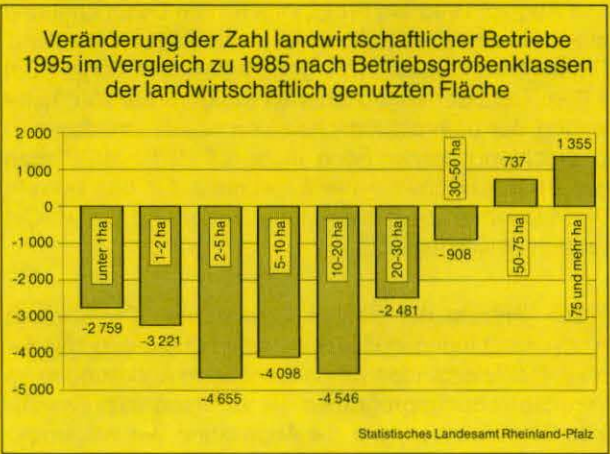
Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu 1994 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	112,5	1,7
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	108,6	1,4
Bekleidung, Schuhe	108,4	0,9
Wohnungsmieten	121,3	3,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	101,4	- 0,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	109,9	1,6
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	110,6	1,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	113,0	1,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	109,8	1,3
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	121,7	2,7
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	112,9	1,7
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	112,7	1,8
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	113,6	2,0
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	114,8	1,8

1) Gebietsstand vor dem 3.10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3.10. 1990.

Landwirtschaftlicher Strukturwandel geht weiter

Rund 43 700 landwirtschaftliche Betriebe gab es 1995 in Rheinland-Pfalz. Gegenüber 1994 ist ihre Zahl um 4,7 % zurückgegangen. Während der letzten zehn Jahre belief sich die durchschnittliche jährliche Rückgangsrate auf 3,8 %. Verringerte sich bisher im Zuge des Strukturwandels nur die Zahl der Betriebe bis 50 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), so betraf dies

1995 erstmals auch die Betriebe zwischen 50 und 75 ha LF (- 2,5 %). Die Wachstumsschwelle hat sich damit innerhalb nur weniger Jahre von 50 auf 75 ha erhöht. Vor zehn Jahren lag sie bei 40 ha. Die Betriebe mit 75 und mehr ha LF, die 1995 rund 4 % der Gesamtzahl ausmachten, bewirtschafteten gut ein Viertel der gesamten LF, 1985 waren es erst knapp 7 %. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg während der letzten zehn Jahre von 11,3 ha auf 16,4 ha LF.



Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe gab es 1995 noch im Landkreis Bernkastel-Wittlich (3 658), gefolgt von den Landkreisen Mainz-Bingen (3 332) und Bitburg-Prüm (3 280). Betriebe mit 75 ha LF und mehr waren besonders zahlreich in den Landkreisen Bitburg-Prüm (131) und Bernkastel-Wittlich (116) sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis (115). bd

**Erste Ergebnisse der Handwerkszählung 1995
liegen vor**

Das Statistische Landesamt hat die ersten vorläufigen Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 vorgelegt. Danach gab es am 31. März 1995 in Rheinland-Pfalz rund 30 800 Handwerksunternehmen. Diese beschäftigten Ende September 1994 insgesamt 284 300 Personen; das sind im Durchschnitt 9 Beschäftigte je Unternehmen. Der im Jahre 1994 erzielte Umsatz erreichte eine Größenordnung von knapp 39,2 Mrd. DM; bezogen auf den einzelnen Beschäftigten sind das 137 700 DM. Gut jeder dritte Betrieb zählte zum Elektro- und Metallgewerbe, jeder vierte zum Bau- und Ausbaugewerbe. hw

Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung
auf Basis 1991

Die von der amtlichen Statistik berechneten Preisindizes sind auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet. Aufgrund der mit der einfachen Berechenbarkeit verbundenen Aktualität sowie der guten Interpretierbarkeit der Ergebnisse wird in Deutschland zur Erstellung von Preisindizes das Laspeyres-Konzept zugrunde gelegt. Das bedeutet, daß für ein festgelegtes Basisjahr ein Wägungsschema aufgestellt und bis zur Umstellung auf ein neues Basisjahr konstant gehalten wird. Entsprechend internationaler Empfehlungen sind Indizes alle fünf Jahre auf ein neues Basisjahr umzustellen. Innerhalb der Europäischen Union wurde vereinbart, die Indizes für die jeweils mit 0 und 5 endenden Jahre neu zu berechnen. In Deutschland war jedoch infolge der Wiedervereinigung 1990 als Basisjahr nicht geeignet, da am 1. Juli 1990 die DM als Zahlungsmittel in den neuen Ländern und Berlin-Ost eingeführt wurde. Da erstmals auch gesamtdeutsche Ergebnisse geliefert werden sollten, kam 1991 als frühestes Jahr in Frage.

Preisindex für die Lebenshaltung im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses

Der Preisindex für die Lebenshaltung mißt die Preisentwicklung auf der Stufe des privaten Verbrauchs. Er steht damit im Mittelpunkt des preisstatistischen Berichtssystems und des öffentlichen Interesses. Die monatlichen und jährlichen Veränderungsraten sind wichtige Kenngrößen zur Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung und Orientierungshilfen für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Beispielhaft seien hier nur die besondere Bedeutung der Teuerungsrate bei Tarifverhandlungen und die vertraglich vereinbarten Wertsicherungsklauseln zur Anpassung laufender Verpflichtungen an Veränderungen des Geldwertes genannt.

Vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz wird kein landesspezifischer Preisindex für die Lebenshaltung berechnet, da die Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz weitestgehend der des früheren Bundesgebietes entspricht.

Erstmals gesamtdeutscher Preisindex

Beginnend mit den Ergebnissen für den August 1995 wurde die Verbraucherpreisstatistik auf das neue Preisbasisjahr 1991 umgestellt. Das Statistische Bundesamt erstellte dabei erstmals einen gesamtdeutschen Preis-

index für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Dies bedeutet allerdings nicht, daß bereits auf den getrennten Nachweis der Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder verzichtet werden kann. Aufgrund der nach wie vor unterschiedlichen Verbrauchsstrukturen besteht weiterhin auch die Notwendigkeit getrennter Ergebnisse.

Die Gliederung der Wägungsschemata der Preisindizes aller privaten Haushalte nach dem Verwendungszweck verdeutlicht insbesondere die unterschiedlichen Anteile der Wohnungsmieten an der Gesamtlebenshaltung. Während die privaten Haushalte 1991 im früheren Bundesgebiet 19,2 % ihrer Ausgaben für die Wohnung aufbringen mußten, waren dies in den neuen Ländern und Berlin-Ost lediglich 6,2 %. Im gesamtdeutschen Wägungsschema schlagen die Wohnungsmieten mit 17,7 % zu Buche.

Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Basisjahr 1991)

Gliederung des Gesamtindex nach Hauptgruppen und Gruppen (Verwendungszweck)	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
	Deutsch- land	früheres Bundes- gebiet	neue Länder und Berlin-Ost
	Wägungsanteil in ‰		
Gesamtindex	1 000	1 000	1 000
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	235,33	224,90	316,52
Bekleidung, Schuhe	75,49	73,83	88,58
Wohnungsmieten	177,15	191,93	61,75
Energie (ohne Kraftstoffe)	52,50	53,41	45,90
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	80,25	76,99	105,44
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	51,63	53,53	36,62
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	171,25	167,85	198,54
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	92,27	91,66	96,09
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	64,13	65,90	50,56

In allen drei Wägungsschemata hat die Hauptgruppe Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren die größte Verbrauchsbedeutung. Doch auch hier zeigen sich bundesweit noch große Abweichungen in den Verbrauchsgewohnheiten. In den neuen Ländern und Berlin-Ost beträgt der entsprechende Wägungsanteil 31,7 %, im früheren Bundesgebiet dagegen nur 22,5 %. Der geringe Anteil der Wohnungsmieten in den neuen Ländern, der auf das 1991 noch sehr niedrige Mietenniveau zurückzuführen ist, führt zu höheren Anteilen bei den anderen Waren und den Dienstleistungen. Die große Differenz bei den Nahrungsmitteln ist allerdings außerdem durch die niedrigeren Einkommen in Ostdeutschland bedingt, die im Normalfall immer eine höhere Quote der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel verursachen.

Ein Vergleich der Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für das Jahr 1995 (Deutschland: 114,8; früheres Bundesgebiet: 112,5; neue Länder und Berlin-Ost: 132,7) unterstreicht die Notwendigkeit der getrennten Ergebniserstellung. Die starke Abweichung der Indizes für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost ist dabei im wesentlichen auf den, durch die Grundmietenverordnungen und das Mietenüberleitungsgesetz verursachten, überproportionalen Anstieg der Wohnungsmieten in Ostdeutschland zurückzuführen. Eine Gegenüberstellung der Gesamtindizes ohne Wohnungsmieten für 1995 (früheres Bundesgebiet: 110,5; neue Länder und Berlin-Ost: 113,3) und deren Veränderungsraten gegenüber 1994 (jeweils + 1,3 %) zeigen dagegen bereits eine sehr starke Annäherung der allgemeinen Preisentwicklung in Deutschland.

Preisindizes für die Lebenshaltung 1991 bis 1995

Jahr Monat	Preisindex für die Lebenshaltung					
	früheres Bundesgebiet				Deutschland	neue Länder und Berlin-Ost
	4-Personen- Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	4-Personen- Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	2-Personen- Haushalte von Renten- und Sozial- hilfeempfängern mit geringem Einkommen	alle privaten Haushalte		
1991 = 100						
1991	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1992	104,0	104,1	104,1	104,0	105,1	113,5
1993	107,8	108,0	108,1	107,7	109,8	125,4
1994	110,7	111,0	111,4	110,6	112,8	130,0
1995	112,7	112,9	113,6	112,5	114,8	132,7
1995 Januar	111,6	111,9	112,6	111,5	113,8	131,2
Februar	112,1	112,4	113,2	112,1	114,3	131,8
März	112,1	112,4	113,2	112,1	114,3	131,7
April	112,5	112,8	113,5	112,4	114,6	132,0
Mai	112,6	112,9	113,7	112,4	114,6	132,1
Juni	113,0	113,2	114,0	112,8	115,0	132,4
Juli	113,4	113,4	114,1	113,1	115,2	132,2
August	113,3	113,3	113,9	112,9	115,3	133,6
September	113,1	113,2	113,7	112,8	115,2	133,5
Oktober	113,0	113,2	113,7	112,7	115,1	133,7
November	112,8	113,0	113,8	112,7	115,1	133,7
Dezember	113,1	113,3	114,0	113,0	115,4	133,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr bzw. dem Vorjahresmonat in Prozent						
1991	3,6	3,7	3,6	3,6	-	-
1992	4,0	4,1	4,1	4,0	5,1	13,5
1993	3,7	3,7	3,8	3,6	4,5	10,5
1994	2,7	2,8	3,1	2,7	2,7	3,7
1995	1,8	1,7	2,0	1,7	1,8	2,1
1995 Januar	2,1	2,1	2,5	2,1	2,2	1,9
Februar	1,9	2,0	2,4	2,0	2,0	1,9
März	1,8	1,9	2,3	1,9	1,9	1,8
April	2,0	2,0	2,3	2,1	2,0	1,9
Mai	1,8	1,8	2,2	1,8	1,8	1,7
Juni	1,9	1,9	2,2	1,9	1,9	1,7
Juli	1,8	1,7	2,0	1,9	1,8	1,4
August	1,6	1,5	1,8	1,5	1,7	2,5
September	1,7	1,6	1,7	1,6	1,8	2,5
Oktober	1,6	1,6	1,6	1,6	1,8	2,6
November	1,5	1,4	1,7	1,5	1,7	2,6
Dezember	1,6	1,5	1,6	1,5	1,8	2,6

Änderungen im Veröffentlichungsprogramm

Mit der Umstellung auf das neue Preisbasisjahr wurden auch einige Änderungen im Veröffentlichungsprogramm notwendig. Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte werden für das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für Deutschland berechnet. Diesen umfassenden Indizes liegen die durchschnittlichen Ausgabenstrukturen aller privaten Haushalte zugrunde, die durch regelmäßige Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichproben, laufende Wirtschaftsrechnungen) ermittelt werden. Der auf das Basisjahr 1991 bezogene Durchschnittshaushalt besteht im früheren Bundesgebiet (gegenüber 1985 unverändert) sowie in Deutschland aus 2,3 Personen, während in den neuen Ländern 2,4 Personen den Indexhaushalt bilden.

Die Preisindizes für die drei speziellen Haushaltstypen (Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen; Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen; Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen) können nur für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost ermittelt werden. Eine Berechnung für Deutschland insgesamt ist aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzungen der Haushaltstypen, insbesondere bei den vorgegebenen Einkommensgrenzen, nicht möglich.

Die Veröffentlichung des Preisindexes für die einfache Lebenshaltung eines Kindes im früheren Bundesgebiet wurde eingestellt. Dem Wägungsschema dieses Indexes lag keine empirische Beobachtung der Verbrauchsgewohnheiten, sondern ein von Experten der Jugendhilfe und -betreuung für das Jahr 1976 entwickeltes Bedarfsschema zugrunde. Da dieser Index selten verwendet und aufgrund einer Novellierung des Unterhaltsgesetzes für diese Zwecke nicht mehr benötigt wird, wurde auf eine sonst notwendige methodische Überarbeitung verzichtet.

Der Einzelhandelspreisindex wird nur noch für Deutschland insgesamt berechnet. Entscheidend für diese Änderung ist die Tatsache, daß die Handels- und Gaststättenzählung des Jahres 1993, deren Ergebnisse über die Einzelhandelsumsätze zur Ableitung des Wägungsschemas benötigt werden, für das vereinigte Deutschland bereits auf der Grundlage der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) durchgeführt wurde.

Warenkorb und Wägungsschema

Das Konsumverhalten privater Haushalte ist einem ständigen Wandel unterworfen. Die Preisindizes für die Lebenshaltung sollen aber lediglich die reine Preisentwicklung, isoliert von Mengenänderungen, messen. Aus diesem Grund werden die Preisindizes auf der Basis einer konstanten Verbrauchsstruktur, d. h. nach der Formel von Laspeyres, berechnet. Dazu werden aus der Gesamtheit aller Waren und Dienstleistungen spezielle Preisrepräsentanten ausgewählt. Diese Indexpositio-

nen bilden den sogenannten Warenkorb. Der Warenkorb des Jahres 1985 umfaßte 751 Indexpositionen. Bei der Umstellung auf das neue Basisjahr 1991 wurden davon 32 Güter gestrichen und 25 neu aufgenommen. Die Änderungen bezogen sich teilweise auf den Austausch von Preisrepräsentanten (z. B. Körnerbrot für helles Mischbrot, PC für Heimcomputer, Superbenzin-Plus bleifrei für Superbenzin), auf die vollständige Streichung einiger Positionen die an Bedeutung verloren haben (z. B. Dia-Rahmen, Gas für Feuerzeuge, Zechenbrechkoks) sowie auf die Neuaufnahme von Waren und Dienstleistungen, die heute stärker nachgefragt werden (z. B. Disketten, alkoholfreies Bier, Salatteller in verschiedenen Restaurantkategorien). Dieser Warenkorb mit seinen jetzt 744 Preisrepräsentanten ist für Deutschland, das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für alle speziell abgegrenzten Haushaltstypen identisch.

Demgegenüber steht der Begriff des Wägungsschemas. Dieser gibt an, mit welchem Gewicht bzw. Wägungsanteil einzelne Waren und Dienstleistungen in den entsprechenden Gesamtindex eingehen. Diese Wägungsschemata sind sowohl für das frühere Bundesgebiet, die neuen Länder und Deutschland als auch für die einzelnen Haushaltstypen sehr unterschiedlich und werden mit Hilfe spezieller Beobachtungen der Verbrauchsausgaben (Einkommens- und Verbrauchsstichproben, laufende Wirtschaftsrechnungen) ermittelt.

Methodische und konzeptionelle Überarbeitung der Verbraucherpreisstatistik

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 1991 waren umfangreiche methodische und konzeptionelle Überarbeitungen der Verbraucherpreisstatistik verbunden. Diese Änderungen erfolgten bereits im Vorgriff auf zu erwartende Festlegungen für einen harmonisierten Verbraucherpreisindex innerhalb der Europäischen Union.

- Einführung des Inlandskonzepts

Damit ein Preisindex als Inflationsmaßstab verwendet werden kann, muß er die Preisentwicklung aller im Inland angebotenen Konsumgüter messen. Unberücksichtigt bleiben dabei die Käufe inländischer Haushalte im Ausland, während die Käufe ausländischer Haushalte im Inland einbezogen werden müssen. Für die Preisindizes der Lebenshaltung aller privaten Haushalte wurde deshalb das bisher verwendete modifizierte Inländerkonzept (Aufstellung der Wägungsschemata nach dem Inländerkonzept, Preisermittlung nach dem Inlandskonzept) aufgegeben und das Inlandskonzept eingeführt.

- Erfassung der Versicherungsdienstleistungen

Das Gewicht der Versicherungsdienstleistungen im Verbraucherpreisindex wird nicht mehr anhand der Bruttoprämien festgelegt, sondern mit Hilfe des Dienstleistungsentgelts bestimmt. Ein großer Teil der Bruttoprämien fließt nämlich zur Schadensregulierung wieder an die Haushalte zurück. Nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehört dieser Teil des Prämienaufkommens nicht zu

den Verbrauchsausgaben. Zu diesen zählt demnach nur der Teil der Bruttoprämien, der zur Begleichung der Verwaltungskosten der Versicherungsunternehmen verwendet wird. Diese als Dienstleistungsentgelt der Versicherungen bezeichnete Größe geht als Gewicht in den Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1991 ein.

– Erfassung von Pauschalreisen

Die Preise für Pauschalreisen gehen nicht mehr zum Zeitpunkt der Buchung der Reise, sondern zum Zeitpunkt des Reiseantritts in den Preisindex ein. Dieses Verfahren widerspricht zwar der sonst in der Preisstatistik üblichen Erfassung zum Zeitpunkt des Abschlusses eines Kaufvertrages, ermöglicht aber für die laufende Konjunkturbeobachtung eine bessere Abgrenzung zwischen lediglich saisonalen Preisschwankungen und längerfristigen Trends. Die Änderung gegenüber dem alten Konzept beeinflusst in erster Linie die Preisveränderungen zum Vormonat, nicht aber die zum entsprechenden Vorjahresmonat.

Abweichungen gegenüber den bisher veröffentlichten Preisindizes

Die Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf der Preisbasis 1991 = 100 hat zu relativ großen Abweichungen gegenüber den bisher veröffentlichten Ergebnissen für den Zeitraum Januar 1991 bis Juli 1995 geführt. Die Gründe hierfür liegen einerseits in den Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte und andererseits in der methodischen und konzeptionellen Überarbeitung der Verbraucherpreisstatistik.

Von Beginn eines neuen Basisjahres (Januar 1991) bis zur letztmaligen Veröffentlichung der Preisindizes nach dem alten Basisjahr (Juli 1995 mit Basis 1985 = 100) werden die Preisindizes zunächst nach dem alten Wägungsschema ermittelt. Sie gelten damit bis zur Umstellung auf das neue Basisjahr (August 1995 mit Basis 1991 = 100) nur unter Vorbehalt. Mit der Umstellung werden die Indizes für diesen Zeitraum unter Verwendung des aktuellen Wägungsschemas neu berechnet und ersetzen damit die früher veröffentlichten Werte. Indizes, die vor dem neuen Basisjahr liegen (d. h. bis einschließlich Dezember 1990), sind von der Neuberechnung nicht betroffen, da sie mit dem jeweiligen Originalwägungsschema ermittelt wurden.

Ein Vergleich der vor der Umstellung veröffentlichten Preisindizes des Basisjahres 1985 mit den Neuberechneten Indizes auf der Basis 1985 = 100, die durch Multiplikation der Originalindizes mit entsprechenden Umbasierungsfaktoren ermittelt werden, zeigt für die Jahre 1991 und 1992 leicht erhöhte Werte. Ab 1993 kehrt sich diese Entwicklung allerdings um und führt zu Werten, die zum Umstellungszeitpunkt um über einen Prozentpunkt unter den früher veröffentlichten Indizes liegen. Der Vergleich der Veränderungsraten (prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat) zeigt, daß die Preissteigerungen des Basisjahres 1991

etwa 0,4 Prozentpunkte niedriger waren als die früher berechneten. Die Ursachen dieser Abweichungen gehen zum größten Teil auf die methodischen Änderungen und hierbei insbesondere auf die modifizierte Erfassung der Versicherungsdienstleistungen zurück. Mit größerer Entfernung vom alten Basisjahr gewinnt allerdings der Einfluß der veränderten Verbrauchsgewohnheit deutlich an Bedeutung.

Da der Preisindex für die Lebenshaltung in vielen Verträgen, denen eine Wertsicherungsklausel zur Anpassung laufender Verpflichtungen an Veränderungen des Geldwertes zugrunde liegt, Anwendung findet, kann dies bei den Vertragspartnern aufgrund der geänderten Indizes zu Mißverständnissen führen. Von den beiden Möglichkeiten, wie mit den Neuberechneten Indizes in bestehenden Verträgen zu verfahren ist, bietet sich sowohl aus praktischen Gründen als auch aufgrund der Tatsache, daß die früher berechneten Indizes nicht falsch waren, sondern lediglich auf einem älteren Warenkorb beruhten, die beschränkte Gültigkeit der neuen Indexzahlen an.

– Beschränkte Gültigkeit der neuen Indexzahlen

Die Vertragspartner kommen überein, daß die bis zum Zeitpunkt der erstmaligen Veröffentlichung der neuen Indexzahlen bereits eingetretenen Anpassungen nicht mehr abgeändert werden. Die Anwendung der neuen Indexreihen erfolgt dann erst ab dem Monat der letzten Anpassung, wobei nur die neuen Indizes verwendet werden dürfen.

– Unbeschränkte Gültigkeit der neuen Indexzahlen

Die Vertragspartner können aber auch vereinbaren, daß die Leistungen ohne Rücksicht auf die bereits erfolgten Wertanpassungen neu berechnet und die sich hieraus ergebenden Abweichungen ausgeglichen werden müssen. In diesem Fall werden die nachträglich geänderten Indexzahlen in vollem Umfang rückwirkend gültig.

Nach § 3 des Währungsgesetzes obliegt die Genehmigung solcher Wertsicherungsklauseln den Landeszentralbanken und der Deutschen Bundesbank. Derzeit werden vertragliche Vereinbarungen genehmigt, die sich auf den Preisindex für das frühere Bundesgebiet oder für Deutschland beziehen. Da aber voraussichtlich zukünftig die getrennte Berichterstattung für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost eingestellt wird, sollten neu abzuschließende Wertsicherungsklauseln zur Vermeidung aufwendiger Umrechnungen auf den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland und, um vom jeweiligen Basisjahr unabhängig zu sein, auf prozentuale Veränderungen Bezug nehmen.

Frühere Basisjahre

Auf den Nachweis der Preisindizes für ältere Basisjahre, die vom Statistischen Bundesamt nicht mehr veröffentlicht werden, wird auch im Statistischen Bericht

„Preisindizes für die Lebenshaltung im Bundesgebiet“ des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz künftig verzichtet. Bei den Indizes für ältere Basisjahre handelt es sich lediglich um umbasierte Ergebnisse der Preisindizes des Originalbasisjahres. Diese Preisindizes werden nur benötigt, wenn in einer Wertsicherungsklausel die Veränderungen der Preisindizes in Punkten zugrunde gelegt wurden. Da dies in vielen älteren Verträgen noch der Fall ist, werden von der amtlichen Statistik Umbasierungsfaktoren zur Verfügung gestellt, mit deren Hilfe die entsprechenden Indizes älterer Basisjahre berechnet werden können.

Am Beispiel des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet mit dem Originalbasisjahr 1991 wird die Berechnungsmethode nachfolgend dargestellt. Der Index hatte im Dezember 1995 einen Stand von 113,0. Nach der Umbasierung ergeben sich für Dezember 1995 folgende Indexzahlen für ältere Basisjahre:

Basisjahr 1985 : $113,0 \times 1,10907 = 125,3$
Basisjahr 1980 : $113,0 \times 1,34047 = 151,5$
Basisjahr 1976 : $113,0 \times 1,56575 = 176,9$
Basisjahr 1970 : $113,0 \times 2,19980 = 248,6$
Basisjahr 1962 : $113,0 \times 2,69623 = 304,7$

Der Preisindex zeigt im Zeitraum Januar 1991 bis Dezember 1995 bei Zugrundelegung der Basisjahre 1991 und 1985 eine Veränderung in Punkten (Indexstand Dezember 1995 – Indexstand Januar 1991) von:

Basisjahr 1985 : $125,3 - 108,8 = 16,5$ bzw.
Basisjahr 1991 : $113,0 - 98,1 = 14,9$ Punkte,

während die Veränderung in Prozent

$$\left(\frac{\text{Indexstand Dezember 1995}}{\text{Indexstand Januar 1991}} \times 100 - 100 \right)$$

in beiden Fällen identisch und damit unabhängig von der Wahl des Basisjahres ist:

Basisjahr 1985 : $\frac{125,3}{108,8} \times 100 - 100 = 15,2\%$
Basisjahr 1991 : $\frac{113,0}{98,1} \times 100 - 100 = 15,2\%$

Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise

Obwohl der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte als Gesamtindex von herausragender Bedeutung ist, müssen für tiefergehende Analysen der Preisentwicklung Teilindizes nach verschiedenen Gliederungskriterien herangezogen werden. Am Beispiel des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für das frühere Bundesgebiet zeigt die Übersicht einen Ausschnitt der von der amtlichen Statistik veröffentlichten Teilindizes.

Seit der Umstellung auf das Basisjahr 1991 wird erstmals auch der Index der administrierten Preise berechnet. Dieser Index beruht auf einem Konzept des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Je nach dem Grad der staatlichen Beeinflussung lassen sich vier Teilgruppen administrierter Preise unterscheiden:

- *Direktadministrierte Verbraucherpreise*
Gütergruppen, deren Preise vom Staat bzw. dessen Institutionen direkt festgelegt werden (z. B. Verkehrstarife, Rundfunk- und Fernsehgebühren).
- *Teiladministrierte Verbraucherpreise*
Gütergruppen, deren Preisfestlegung einer staatlichen Genehmigung bedarf (z. B. Versorgungstarife, Versicherungsbeiträge).
- *Quasiadministrierte Verbraucherpreise*
Gütergruppen, deren Preise durch spezielle Verbrauchsteuern beeinflusst werden (z. B. Genußmittel, Mineralölprodukte).
- *Indirekt administrierte Verbraucherpreise*
Ernährungsgüter, deren Verkaufspreise durch Preisbeschlüsse im Rahmen der europäischen Marktordnung bestimmt werden.

Vom Statistischen Bundesamt werden die beiden erstgenannten Teilgruppen mit einem Wägungsanteil von 17,2 % am Gesamtindex (direktadministriert: 5,6 %; teiladministriert: 11,5 %) zum Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise zusammengefaßt. Dieser Index stieg 1995 gegenüber 1994 um 2,3 % und trug damit zu einem überproportionalen Verbraucherpreisanstieg bei.

Umbasierungsfaktoren zur Berechnung der Indexzahlen für ältere Basisjahre im früheren Bundesgebiet

Preisindex für die Lebenshaltung	Basisjahr								
	1985	1980	1976	1970	1962	1958	1950	1938	1913/14
aller privaten Haushalte	1,10907	1,34047	1,56575	2,19980	2,69623				
von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1,10714	1,33673	1,55000	2,16633	2,64490	2,85204	3,35612	5,23673	6,57755
von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1,11531	1,35306	1,58571	2,22857	2,70918				
von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1,10918	1,34286	1,54796	2,18980	2,75816	3,00102			

Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes in der Europäischen Union

Eines der fünf Konvergenzkriterien, die nach dem Vertrag von Maastricht als Voraussetzung zur Teilnahme an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion vorgeschrieben sind, ist ein hoher Grad an Preisstabilität. Zur Zielerreichung wird von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, neben anhaltender Preisstabilität, eine durchschnittliche Inflationsrate gefordert, die „um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben“.

Die derzeitigen nationalen Verbraucherpreisindizes sind allerdings zu unterschiedlich konzipiert, als daß sie europaweit als Maßstab zur Beurteilung der Erfüllung des Kriteriums der Preisstabilität herangezogen werden könnten. So werden etwa die Aufwendungen der von den Eigentümern selbstgenutzten Wohnungen, die

Dienstleistungen des Gesundheits- und Bildungswesens und die Prämien für private Versicherungen nach verschiedenen Konzepten erfaßt. Daneben bestehen auch methodische Unterschiede hinsichtlich der verwendeten Berechnungsformeln, der Berücksichtigung von Qualitätsänderungen bis hin zur Häufigkeit der Preiserhebungen.

Aus diesen Gründen erarbeiten das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften und die nationalen statistischen Ämter in speziellen Arbeitsgruppen Regeln und Verfahrensweisen zur Konstruktion harmonisierter Verbraucherpreisindizes, die die Möglichkeit der geforderten Inflationsvergleiche bieten. Dazu wurde bereits die Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes erlassen, die einen Stufenplan zur Umsetzung der notwendigen Vorgaben festschreibt. Danach ist ab März 1996 für die Mitgliedstaaten ein vorläufiger Verbraucherpreisindex, der sogenannte „Kernindex“

Gliederung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet

Index, Indexgruppe	Wägungsanteil am Gesamtindex in ‰	1994	1995	Veränderung 1995 gegenüber 1994 in %
		Jahresdurchschnitt		
Gesamtindex	1 000	110,6	112,5	1,7
Gesamtindex ohne Saisonwaren	976,61	110,8	112,8	1,8
Saisonwaren	23,39	98,2	101,1	3,0
Gesamtindex ohne administrierte Preise	828,18	109,7	111,6	1,7
Administrierte Preise	171,82	114,6	117,2	2,3
Güter des täglichen Bedarfs	332,70	108,5	110,0	1,4
Gesamtindex ohne Wohnungsmieten	808,07	109,1	110,5	1,3
Gliederung nach Hauptgruppen und Gruppen (Verwendungszweck)				
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	224,90	107,1	108,6	1,4
Bekleidung, Schuhe	73,83	107,4	108,4	0,9
Wohnungsmieten, Energie (ohne Kraftstoffe)	245,34	113,5	117,0	3,1
Wohnungsmieten	191,93	116,7	121,3	3,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	53,41	102,2	101,4	-0,8
Möbel, Haushaltsgeräte u. a.				
Güter für die Haushaltsführung	76,99	108,2	109,9	1,6
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	53,53	108,9	110,6	1,6
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	167,85	111,8	113,0	1,1
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	91,66	108,4	109,8	1,3
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	65,90	118,5	121,7	2,7
Gliederung nach Dauerhaftigkeit und Wert der Güter				
Verbrauchsgüter und Reparaturen	383,48	107,9	109,1	1,1
Gebrauchsgüter von mittlerer Lebensdauer und/oder begrenztem Wert	129,16	107,2	108,3	1,0
Langlebige, hochwertige Gebrauchsgüter	132,74	106,7	107,4	0,7
Dienstleistungen und Wohnungsnutzung	354,62	116,0	119,8	3,3
Kfz-Anschaffung und -Unterhaltung (Kraftfahrer-Preisindex)				
Gesamtindex	139,22	114,6	115,7	1,0
Kraftfräder	1,68	113,2	114,8	1,4
Personenkraftwagen	67,17	109,4	110,2	0,7
Kraftstoffe	28,27	116,8	116,2	-0,5
Ersatzteile, Zubehör und Autopflegemittel	5,66	109,2	110,4	1,1
Reparaturen, Inspektion, Wagenwäsche	21,31	119,8	123,0	2,7
Garagenmiete	7,39	110,8	113,1	2,1
Fahrschule (einschl.Führerscheingebühr)	0,81	117,1	119,1	1,7
Kfz-Versicherung	2,66	127,0	133,1	4,8
Kfz-Steuer	4,27	161,2	164,1	1,8

Index der staatlich administrierten Verbraucherpreise (Basisjahr 1991)

Direktadministrierte		Teiladministrierte	
Verbraucherpreise			
Indexgruppe	Wägungsanteil in ‰	Indexgruppe	Wägungsanteil in ‰
Nachrichtenübermittlung	18,81	Versorgungstarife	36,56
Gebühren für den Besuch von kulturellen Einrich- tungen, Sportanlagen, Bildungseinrichtungen	11,64	Kosten der Gesundheitspflege	30,01
Verkehrstarife	11,31	Wohnungsmieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau	28,48
Rundfunk- und Fernsehgebühren	7,07	Versicherungsbeiträge	18,29
Kfz.-Steuer und sonstige Gebühren	6,02	Rechtsberatung u.ä.	1,33
TÜV- und Zulassungsgebühren	0,97	Beförderung in Luftfahrzeugen	0,76
Parkgebühren	0,57		
Zusammen	56,39	Zusammen	115,43
Insgesamt	171,82		

zu erstellen, der noch die obengenannten Problembe-
reiche ausklammert. Bis zur ab Januar 1997 geplanten
Veröffentlichung der harmonisierten Verbraucherpreis-
indizes (HVPI) aller Mitgliedstaaten, die die Grundlage
zur Berechnung des Europäischen Verbraucherpreis-
index (EVPI) bilden, müssen allerdings noch eine Viel-

zahl von Detailfragen geklärt werden. Zumindest in einer
Übergangsphase wird man aber auch in Deutschland
nicht auf die Fortführung des nationalen Preisindex für
die Lebenshaltung verzichten können.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirschev

Struktur des Obst- und Gemüseanbaus in Rheinland-Pfalz

Der Obst- und Gemüseanbau ist neben dem Wein-
bau ein wichtiger Produktionszweig der rheinland-pfäl-
zischen Landwirtschaft. Der Produktionswert für
Gartengewächse (Obst, Gemüse, Zierpflanzen, Baum-
schulgewächse) betrug 1993 etwa 540 Mill.DM. Er ist
damit größer als der Produktionswert für Getreide, Hü-
lsenfrüchte, Hackfrüchte und Handelsgewächse. Die
Bedeutung, die der Anbau von Obst, Gemüse und an-
deren Gartengewächsen landesweit hat, zeigt sich auch
beim Anteil der auf Rheinland-Pfalz entfallenden gär-
tnerischen Nutzfläche (gN). Während das Land über
8,4 % der deutschen gN verfügt, liegt der Anteil an der
landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) nur bei 4,2 %.

Auf die speziellen gartenbaulichen Produktionsbe-
dingungen abgestimmte Strukturserhebungen fanden
bisher ähnlich wie im Weinbau auch im Gartenbau im
Rahmen der etwa alle 10 Jahre fälligen Landwirtschafts-
zählung statt. In die Erhebung für das Jahr 1994 waren
alle Betriebe einbezogen, die Gartengewächse zum
Verkauf auf einer gN von mindestens 15 Ar oder in
Unterglasanlagen anbauen. Der detaillierte Erhe-
bungsbogen sah u.a. Fragen zur Kennzeichnung des
Betriebes, zu den Betriebsflächen und deren Nutzung
nach Nutzungsarten, den sozialökonomischen Verhält-
nissen und zur Vermarktung vor.

Zur treffenderen Darstellung der gerade im Garten-
bau sehr unterschiedlichen Produktionsstruktur erfolgt
im Rahmen der Aufbereitung eine Klassifizierung der
Betriebe mit Hilfe der Angaben über die Zusammenset-
zung der Betriebseinnahmen. Das Klassifizierungs-
schema unterscheidet zunächst zwischen den eigentli-
chen Gartenbaubetrieben und den landwirtschaftlichen
Betrieben mit Gartenbau. Als Gartenbaubetrieb gilt der-
jenige Betrieb, der mehr als die Hälfte seiner Betriebs-
einnahmen aus der Produktion von Gartengewächsen
erzielt. Diese werden darüber hinaus je nach Spezialisie-
rung einer Produktionssparte (Obstbau, Gemüse-
bau, Zierpflanzenbau) zugeordnet.

Der vorliegende Beitrag über die Struktur des Obst-
und Gemüseanbaus enthält auch Daten aus der Gemü-
seanbauerhebung 1994 und der Obstanbauerhebung
1992, die allerdings aus methodischen Gründen nur
eingeschränkt mit denen aus der Gartenbauerhebung
vergleichbar sind. So weist die Gartenbauerhebung nur
Flächen nach, auf denen der Anbau von Gartengewäch-
sen die Hauptnutzung darstellt. Der Vor-, Zwischen- und
Nachanbau, z.B. der Anbau von Gemüse nach einer
frühreifenden landwirtschaftlichen Feldfrucht wie Früh-
kartoffeln oder Wintergerste, wird nur berücksichtigt,
wenn er wirtschaftlich bedeutender ist.

Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen 1994 nach Ländern

Land	Insgesamt		Und zwar mit Anbau von ...							
			Obst		Gemüse		Zierpflanzen		Baumschulen	
	Betriebe	GN	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
Baden-Württemberg	16 519	30 650	12 855	20 601	3 445	6 658	1 990	950	639	2 424
Bayern	8 564	16 871	3 644	5 214	4 242	8 693	2 087	848	606	2 123
Brandenburg	1 095	9 877	318	4 686	776	4 048	488	155	174	1 002
Hessen	2 550	8 140	898	1 754	1 044	5 080	995	520	319	761
Mecklenburg-Vorpommern	319	4 737	57	2 785	235	1 211	182	87	59	660
Niedersachsen	6 902	27 987	1 891	11 563	3 395	10 565	1 680	1 031	1 193	4 815
Nordrhein-Westfalen	6 105	24 965	898	4 410	2 736	14 052	3 174	2 528	921	3 939
Rheinland-Pfalz	4 915	14 812	3 219	6 110	1 692	7 495	667	300	201	870
Saarland	257	558	69	159	63	210	144	38	45	151
Sachsen	1 243	8 760	228	5 543	797	2 175	982	330	265	728
Sachsen-Anhalt	724	8 449	193	4 150	453	3 226	323	146	120	554
Schleswig-Holstein	1 879	12 291	292	1 687	807	5 655	502	291	629	4 633
Thüringen	604	6 005	123	3 373	390	1 935	434	141	115	343
Stadtstaaten	1 345	3 171	332	1 493	568	911	944	524	57	278
Bundesgebiet	53 021	177 272	25 017	73 527	20 643	71 915	14 592	7 887	5 343	23 281

Die Obstanbauerhebung findet alle fünf Jahre allgemein statt. Sie berücksichtigt Betriebe oder Bewirtschafter mit Baumobstflächen von mindestens 15 Ar soweit das Obst oder daraus hergestellte Produkte verkauft werden. Sie erfaßt die Gesamtfläche des Baumobstanbaus sowie die Obstarten, bei Äpfeln und Birnen auch die Sorten, die Anbausysteme und die Verwendungszwecke des Obstes.

Die Gemüseanbauerhebung wird alle vier Jahre als allgemeine Erhebung und in den Zwischenjahren repräsentativ durchgeführt. Sie erstreckt sich auf alle Betriebe oder Bewirtschafter von Flächen, die Gemüse zum Verkauf anbauen. Merkmale sind im wesentlichen der Anbau von Gemüse und Erdbeeren, differenziert nach Pflanzengruppen und -arten, Kulturformen und Art der Eindeckung sowie den Anbau zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen.

Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern

Rund 53 000 Betriebe, davon 49 000 im früheren Bundesgebiet, bauten 1994 Gartengewächse an. Die gN betrug 177 000 ha, auf das frühere Bundesgebiet entfielen 139 000 ha. Die Zahl der Betriebe nahm im früheren Bundesgebiet seit der Gartenbauerhebung 1982 um 27 % ab, die gN stieg dagegen um 18 %. Die größte gN wies Baden-Württemberg mit 30 700 ha auf, die von

16 500 Betrieben bewirtschaftet wurde. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der besonders günstigen klimatischen Bedingungen in diesem Bundesland. Über größere Anbauflächen verfügten noch Niedersachsen (28 000 ha) und Nordrhein-Westfalen (25 000 ha). Hier erzeugten 6 900 bzw. 6 100 Betriebe Gartengewächse. Bayern (16 900 ha), Rheinland-Pfalz (14 800 ha) und Schleswig-Holstein (12 300 ha) nahmen eine mittlere Position ein. Die Flächen wurden in Bayern von 8 600, in Rheinland-Pfalz von 4 900 und in Schleswig-Holstein von 1 900 Betrieben bewirtschaftet.

Obst (73 500 ha) und Gemüse (71 900 ha) hatten die flächenmäßig größten Anteile an der gN. Bei Obst wiesen nur Baden-Württemberg (20 600 ha) und Niedersachsen (11 600 ha) einen größeren Anbau als Rheinland-Pfalz (6 100 ha) auf, wobei das größte geschlossene Anbaugelände für Sauerkirschen seit jeher in Rheinland-Pfalz liegt. Fast jeder fünfte Hektar an Gemüse gehörte nordrhein-westfälischen Landwirten (14 000 ha), weitere 10 600 ha werden von niedersächsischen Betrieben bewirtschaftet. Bayern wies mit 8 700 ha eine etwas größere Gemüsefläche als Rheinland-Pfalz (7 500 ha) auf. Zierpflanzen und Blumen sowie Baumschulkulturen haben in Rheinland-Pfalz vergleichsweise geringe Bedeutung.

Obstanbau vielfach in Verbindung mit Landwirtschaft

Gut 3 200 der insgesamt 4 900 rheinland-pfälzischen Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen bauten 1994 Obst an. Gegenüber der Gartenbauerhebung 1982 betrug der Rückgang bei den Betrieben gut 30 %. Die Obstfläche blieb mit 6 100 ha nahezu konstant. Das durchschnittliche Produktionspotential lag mit 1,9 ha Obstfläche je Betrieb nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt in den alten Bundesländern (2,2 ha). Weit mehr als die Hälfte der 3 200 Betriebe (59 %) bewirtschafteten weniger als 1 ha Obstfläche, weitere 600 Betriebe 1 bis 2 ha. Zu den 299 Betrieben (9,3 %) mit mehr als 5 ha gehörten etwas mehr als die Hälfte aller Obstflächen.

Betriebe mit Obstanbau 1994 nach Größenklassen der Obstfläche

Größenklasse der Obstfläche von ... ha	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha
unter 1	1 899	817
1 – 2	581	780
2 – 3	242	576
3 – 5	198	753
5 – 10	183	1 255
10 – 20	89	1 202
20 u. m.	27	726
Insgesamt	3 219	6 110

Nur 56 % der Betriebe mit Obstflächen waren eigentliche Gartenbaubetriebe. Sie bewirtschafteten 4 200 ha Obstanlagen. Der Anteil der Gartenbaubetriebe an den Betrieben insgesamt reicht dabei von 45 % in der Größenklasse 1 bis 2 ha Obstfläche bis 91 % in der Größenklasse 10 bis 20 ha. Von den 1 800 Gartenbaubetrieben mit Obstflächen waren knapp 1 400 auf den Obstbau spezialisiert. Weitere 250 Gartenbaubetriebe mit Obstanbau gehörten zu den Mehrspartenbetrieben. Fast jeder zweite Betrieb mit Obstflächen hat seinen betrieblichen Schwerpunkt nicht im Gartenbau. Diese 1 400 landwirtschaftlichen Betriebe mit Gartenbau bewirtschafteten knapp 1 900 ha Obstanlagen. Das Produktionspotential je Betrieb war mit durchschnittlich 1,3 ha deutlich kleiner als das der eigentlichen Gartenbaubetriebe (2,4 ha).

Baumobst dominiert

Die im Rahmen der Gartenbauerhebung 1994 ermittelte Obstfläche (6 100 ha) bestand im wesentlichen aus Baumobst (5 800 ha). Erdbeeren- und Strauchbeerenanlagen nahmen lediglich 212 bzw. 82 ha ein. Nach der Obstanbauerhebung 1992 dienten gut 33 % der Baumobstflächen dem Sauerkirschenanbau, weitere 7 % wurden für die Süßkirschenproduktion verwendet. Gegenüber der Obstanbauerhebung 1982 ist der Anteil der Sauerkirschenanlagen um 14 Prozentpunkte zurückgegangen. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte die Tatsache gewesen sein, daß die Nachfrage nach heimischen Sauerkirschen angesichts deutlich billigerer Importware vor allem aus Osteuropa merklich zurückgegangen ist.

Der Apfelanbau hat demgegenüber seit 1982 eine Flächenausdehnung erfahren. Mehr als ein Drittel der Baumobstflächen wurden 1992 für den Apfelanbau genutzt, 1982 war es erst gut ein Viertel. Die Produktivität wurde hier durch die Verwendung neuerer Erziehungsformen (z. B. Dichtpflanzungen) gesteigert. Die wichtigste Sorte war 1992 der Jonagold. Er hat den Golden Delicious vom ersten Platz verdrängt. Elstar, der 1982 statistisch noch gar nicht gesondert nachgewiesen wurde, ist mittlerweile die drittwichtigste Apfelsorte. Der Boskoop verzeichnet gegenüber 1982 ebenfalls Zunahmen. Pflaumen und Zwetschen sind neben Kirschen und Äpfeln weitere wichtige Obstarten in Rheinland-Pfalz. Ihr Flächenanteil betrug 1992 etwa 15 %.

Der Baumobstanbau konzentriert sich in Rheinland-Pfalz auf die Stadt Mainz und den Landkreis Mainz - Bingen. Auf diese Region entfallen über die Hälfte der im Rahmen der Gartenbauerhebung festgestellten Baumobstflächen. Die knapp 3 000 ha Obstanlagen wurden hier von gut 1 300 Betrieben bewirtschaftet. Fast die Hälfte der Anlagen besteht aus Sauerkirschen. Die Region stellt damit das größte geschlossene Sauerkirschenanbaugebiet Deutschlands dar. Weitere Anbauschwerpunkte liegen im Landkreis Bad Dürkheim (848 ha) sowie im Landkreis Mayen-Koblenz und der Stadt Koblenz mit zusammen 547 ha.

Erdbeeren und Strauchbeeren als Alternative

Die Erdbeerfläche hat sich zwischen 1982 und 1994 auf 212 ha vergrößert und damit mehr als verdoppelt. Die im Vergleich zu landwirtschaftlichen Kulturen erziel-

Betriebe mit Baumobst 1994 nach ausgewählten Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha
Rheinland-Pfalz	3 116	5 816
Koblenz, St.	58	131
Ahrweiler	37	300
Mayen-Koblenz	157	416
Rhein-Lahn-Kreis	31	50
Trier-Saarburg	99	109
Mainz, St.	177	735
Worms, St.	36	59
Alzey-Worms	110	95
Bad Dürkheim	555	848
Donnersbergkreis	21	74
Germersheim	48	118
Südliche Weinstraße	338	292
Ludwigshafen	65	90
Mainz-Bingen	1 169	2 246

baren Deckungsbeiträge stellen eine durchaus attraktive Alternative zum Marktf Fruchtbau dar. Landesweit bewirtschafteten 177 Betriebe Erdbeeranlagen. Der Anbau verlangt allerdings vom Betriebsleiter ausgezeichnete Kenntnisse der Produktionstechnik, damit auch die gewünschte Qualitätsware erzeugt werden kann. Da heute das reine Abliefern der Ware an die Handelspartner nicht mehr ausreicht, muß er zusätzlich auch das Marketing beherrschen.

Der Erdbeeranbau erfolgt vor allem in den Landkreisen Ahrweiler, Bad Dürkheim, Germersheim und dem Donnersbergkreis sowie der Stadt Ludwigshafen. 17 Betriebe erzeugten 1994 im Landkreis Ahrweiler auf 42 ha Erdbeeren. In den drei genannten südlichen Landkreisen und der Stadt Ludwigshafen verteilten sich die 87 ha Erdbeerflächen auf 23 Betriebe.

Die Strauchbeerenobstfläche umfaßte 1994 rund 82 ha, eine Zunahme gegenüber 1982 um 30 ha. Johannisbeeren, Stachelbeeren oder Himbeeren sind weitgehend Nischenprodukte. Sie haben landesweit nur für 144 Betriebe Bedeutung. Es ist jedoch zu erwarten, daß angesichts eines Förderprogramms der Vereinigten Obst- und Gemüsegroßmärkte e. G. (VOG) Weisenheim der Anbau zunehmen wird. Es ist erklärtes Ziel der VOG, das Angebot zu erweitern, um so die Umsätze zu stabilisieren. Interessierte Landwirte erhalten Beratung bei der Planung einer Strauchbeerenanlage und auch eine finanzielle Unterstützung. Die VOG rät zum Anbau für den Frischmarkt, da Industrieware überwiegend aus Osteuropa importiert wird. Heckenerziehung oder Spindel werden als Erziehungsformen für den Erwerbsan-

Betriebe mit Erdbeeren 1994 nach ausgewählten Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha
Rheinland-Pfalz	177	212
Ahrweiler	17	42
Mayen-Koblenz	39	6
Bernkastel-Wittlich	10	9
Ludwigshafen am Rh., St.	3	21
Mainz, St.	6	11
Bad Dürkheim	10	25
Donnersbergkreis	4	19
Germersheim	6	23
Ludwigshafen	22	14

Betriebe mit Strauchbeerenobst 1994 nach ausgewählten Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha
Rheinland-Pfalz	144	82
Ahrweiler	10	6
Bad Kreuznach	4	7
Mayen-Koblenz	15	6
Mainz, St.	13	2
Alzey-Worms ¹⁾	4	30
Bad Dürkheim	43	13
Südliche-Weinstraße	8	6
Mainz-Bingen	18	4

1) einschl. der kreisfreien Stadt Worms

bau empfohlen. Ein Anbauschwerpunkt liegt derzeit im Bereich der Stadt Worms und den Landkreisen Bad Dürkheim und Alzey-Worms mit zusammen 42 ha. 47 Betriebe sind mit dem Anbau befaßt.

Gemüseanbau deutlich ausgeweitet

Obwohl die Zahl der gemüseanbauenden Betriebe noch stärker zurückging als die der obstanbauenden Betriebe, nahm die Gemüsefläche seit 1982 stark zu. Sie stieg um mehr als das Doppelte auf 7 500 ha. Die durchschnittliche Gemüsefläche je Betrieb lag in Rheinland-Pfalz im Jahre 1994 bei 4,4 ha und damit um 1,1 ha über dem Durchschnitt des früheren Bundesgebietes. Daraus läßt sich schließen, daß von der Anbaustruktur her der rheinland-pfälzische Gemüseanbau durchaus Zukunftschancen hat.

Rund 1 000 der insgesamt 1 700 Betriebe bauten auf weniger als 1 ha Fläche Gemüse an. Die 115 Betriebe der Größenklasse 10 bis 20 ha bewirtschafteten 21 % der Gemüsefläche. Der Anbau konzentrierte sich jedoch vor allem auf die 111 Betriebe mit mehr als 20 ha Gemüsefläche. Sie vereinten gut die Hälfte der gesamten Gemüsefläche auf sich. Knapp 1 200 Betriebe mit Gemüseanbau gehörten zu den eigentlichen Gartenbaubetrieben. Es waren hier im Gegensatz zum Obstbau in jeder Größenklasse mehr als die Hälfte der Betriebe. 650 Betriebe hatten sich auf den Gemüseanbau spezialisiert. Weitere 220 Gartenbaubetriebe mit Gemüseanbau entfielen auf die Gruppe der Mehrspartenbetriebe.

Etwa 500 landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau erzeugten auf 1 500 ha Gemüse, das waren durchschnittlich 3,0 ha je Betrieb. Die Gartenbaubetriebe verfügten über durchschnittlich 5,0 ha, die Betriebe der

Betriebe mit Gemüseanbau 1994 nach Größenklassen der Gemüsefläche

Größenklasse der Gemüsefläche von ... ha	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha
unter 1	1 009	280
1 - 2	135	182
2 - 3	81	191
3 - 5	102	389
5 - 10	139	963
10 - 20	115	1 606
20 u. m.	111	3 885
Insgesamt	1 692	7 495

Sparte Gemüseanbau sogar über 8,1 ha. Neben dem Anbau von Gemüse bewirtschafteten die landwirtschaftlichen Betriebe mit Gartenbau noch weitere 11 900 ha landwirtschaftliche Kulturen. Die Flächen werden wie im Obstbau überwiegend für den Marktfrüchtbau genutzt. Ein Großteil der Maschinen, z.B. die Bodenbearbeitungsgeräte, lassen sich sowohl im Gemüse- als auch im Marktfrüchtbau nutzen. Auch die Rücknahme der Getreidepreise im Rahmen der EU-Agrarreform dürften Betriebsleiter von Marktfrüchtbetrieben dazu veranlaßt haben, verstärkt in den Gemüseanbau einzusteigen.

Die Betriebe haben sich häufig auf den Anbau weniger Gemüsearten spezialisiert. Hauptgemüsearten in Rheinland-Pfalz sind Möhren, Radies, Speisezwiebeln, Blumenkohl, Kopfsalat und Spinat. Spargel hat flächenmäßig keine große Bedeutung, er wird jedoch von einer größeren Zahl meist kleinerer Betriebe angebaut.

Der Gemüseanbau konzentriert sich auf die Pfälzische Rheinebene, die etwa die Landkreise Germersheim, Ludwigshafen und die kreisfreien Städte Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer umfaßt. Das milde Klima und die leichten, gut durchlüfteten Böden dieser Region bieten ideale Voraussetzungen für den Gemüseanbau. Rund 6 300 ha oder 84 % der Gemüsefläche des Landes sind hier konzentriert. Allein auf den Landkreis Ludwigshafen entfielen 3 500 ha.

Hauptsächlich Freilandanbau

Gemüse wird in Rheinland-Pfalz überwiegend im Freiland angebaut. Nur 38 ha Gemüsefläche befanden sich 1994 in Gewächshäusern. Etwa 75 % der Gemüsefläche im Freiland wird im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen z. B. Getreide genutzt. Die Unterbrechung der Infektionskette im Anbau von Gemüse nach Gemüse durch landwirtschaftliche Kulturen spricht für diese Fruchtfolge.

Im Freilandanbau ist heute eine Abdeckung der Flächen mit Folien weit verbreitet. Das frühere Auspflanzen unter der Abdeckung und der Schutz vor Spätfrösten führen dazu, daß das Gemüse zeitlich früher geerntet werden kann. Die Betriebe können so eher am Markt anbieten und die höheren Preise zu Beginn der Saison nutzen. Aufgrund technischer Verbesserungen beim Einsatz von Folien konnten die abgedeckten Flächen in den letzten Jahren weiter ausgedehnt werden. Sie stiegen von 800 ha im Jahre 1982 auf knapp 2 000 ha in 1994. Die Betriebe setzen ganz überwiegend Folientunnel, Flachfolien oder Vliese ein. Kulturschutznetze sowie Mulchfolie, -papier oder -vlies sind wenig verbreitet. Der Einsatz von Folien wird sicherlich noch weiter zunehmen, da sie heute bereits aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt werden können. Diese Folien zersetzen sich nach Gebrauch, die Betriebe sparen damit das aufwendige Einsammeln und Entsorgen der Folien.

Beregnung deutlich ausgedehnt

Für die Produktion von einem Kilogramm Gemüse werden rund 200 l Wasser benötigt, so daß vielfach nur durch Beregnung ein rentabler Gemüsebau möglich ist. Dies gilt besonders für die Pfälzische Rheinebene, bei der es sich um eine vergleichsweise niederschlagsarme

Region handelt. Die Frostschutzberegnung ist ein weiterer Einsatzbereich für Beregnungswasser. Sie wird vor allem im Obstanbau und im Frühkartoffelanbau angewendet. Befürchtungen, daß eine Beregnung zu einer steigenden Nährstoffauswaschung führen könnte, haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil, der jährliche Stickstoffaustrag wird verringert, da die Pflanzen einen verbesserten Zugriff auf die Nährstoffe haben. Eine optimierte Steuerung der Beregnung und der Einsatz von Tropfbewässerung bieten weitere Möglichkeiten für einen rationellen Einsatz von Beregnungswasser.

Gut 1 100 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen verfügten 1994 über beregen- bzw. bewässerbare Flächen. Sie konnten fast 7 000 ha, mehr als doppelt soviel wie 1982, beregnen. Die Flächen der Betriebe, die nur Kartoffeln oder andere landwirtschaftliche Kulturen beregnen, sind hier nicht berücksichtigt. Die Fläche wird weiter zunehmen, da der Ausbau der Beregnung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ wieder gefördert werden kann.

Die regionale Verteilung der beregenbaren Flächen entspricht in etwa der Verteilung der Gemüseflächen. Etwa 80 % der gesamten beregenbaren Fläche entfallen auf die Pfälzische Rheinebene. Gut 3 100 ha bzw. 1 100 ha können in den Landkreisen Ludwigshafen und Germersheim beregnet werden, 840 ha bzw. 550 ha in den kreisfreien Städten Ludwigshafen und Frankenthal.

Nur jeder fünfte Obstbaubetrieb wird im Haupterwerb bewirtschaftet

Aussagen über die Bedeutung des Gartenbaues bzw. der landwirtschaftlichen Produktion als Einkommensquelle liefert eine sozialökonomische Gliederung der Betriebe. Sie erfolgt nur für Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind. Ein Haupterwerbsbetrieb ist dadurch gekennzeichnet, daß der Inhaber und sein Ehegatte über keine außerbetrieblichen Einkünfte verfügen oder daß die betrieblichen Einkünfte größer sind als die außerbetrieblichen. In den Nebenerwerbsbetrieben dagegen ist das betriebliche Einkommen kleiner als das außerbetriebliche des Betriebsinhaberehepaares.

Die Agrarberichterstattung 1993 wies für die Landwirtschaft insgesamt einen Anteil an Haupterwerbsbetrieben von etwa 40 % aus. Unter den Betrieben mit Anbau von Gartengewächsen lag der Anteil der Haupterwerbsbetriebe im Jahre 1994 mit 55 % deutlich höher. Es sind in erster Linie die landwirtschaftlichen Betriebe mit Gartenbau (73 %) die hierzu beitragen. Die eigentlichen Gartenbaubetriebe wurden nur zu 45 % im Haupterwerb bewirtschaftet. Unter den Obstbaubetrieben war nur jeder fünfte ein Haupterwerbsbetrieb. Diese 297 Betriebe bewirtschafteten knapp 2 400 ha gN. Die Situation ist im Gemüsebau deutlich besser. Die Zahl der Haupterwerbsbetriebe war hier geringfügig größer als die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe. Die 330 Haupterwerbsbetriebe vereinten 95 % der gN aller Gemüseanbaubetriebe auf sich.

Schlagkräftige Vermarktungsstrukturen

Der Anbau von Obst und Gemüse erfolgt in Deutschland nur an einzelnen Standorten. Die Produktion kann

Betriebe mit Gemüseanbau und beregen-/bewässerbaren Flächen 1994
nach ausgewählten Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt (St.) Landkreis	Betriebe mit Gemüse- flächen		Betriebe mit be- regen-/bewässer- baren Flächen	
	Anzahl	Fläche in ha	Anzahl	Fläche in ha
Rheinland-Pfalz	1 692	7 495	1 143	6 998
Frankenthal, St.	51	550	53	553
Ludwigshafen am Rh., St.	57	926	61	841
Mainz, St.	99	163	35	78
Neustadt a. d. W., St.	22	52	17	72
Worms, St.	20	66	25	63
Speyer, St.	3	39	7	40
Alzey-Worms	108	237	51	201
Bad Dürkheim	101	157	86	286
Germersheim	324	1 228	203	1 115
Südliche Weinstraße	68	244	58	231
Ludwigshafen	359	3 518	293	3 107
Mainz-Bingen	274	123	35	54

normalerweise nicht vollständig an die in der Region wohnende Bevölkerung abgesetzt werden, sondern muß teilweise über weite Strecken zu den Verbraucherzentren gebracht werden. Diese Aufgabe übernehmen vielfach die Landwirte nicht selbst. Sie liefern ihre Produkte an Erzeugergroßmärkte, Absatzgenossenschaften oder andere Erzeugerorganisationen. Diese fassen das Angebot der vielen Betriebe zu einheitlichen Partien zusammen und vermarkten dann das Obst und Gemüse in der vom Verbraucher gewünschten Aufmachung.

Die sieben Erzeugergroßmärkte in Rheinland-Pfalz erzielten 1993 einen Umsatz von 137 Mill. DM, von denen 31 Mill. auf Obst und 106 Mill. auf Gemüse entfielen. Der mit Abstand größte Markt ist der Pfalzmarkt, der mitten im Zentrum des Gemüseanbaus liegt. Hier wird vor allem Gemüse vermarktet. Der Erzeugergroßmarkt Maxdorf/Lambsheim lag 1993 umsatzmäßig über dem Ingelheimer Markt, wo vor allem Obst gehandelt wird. Da in den letzten Jahren die Sauerkirschenpreise stets unter Druck geraten sind, entwickelte sich der Umsatz an diesem Markt rückläufig. Die übrigen vier Erzeugergroßmärkte Weisenheim, Gonsenheim, Meckenheim und Trier haben nur untergeordnete Bedeutung. Gemüse und vor allem Obst aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz wird auf dem Erzeugergroßmarkt in Roisdorf bei Bonn vermarktet.

Knapp 80 % der Obstbaubetriebe und gut 70 % der Gemüseanbaubetriebe vermarkten über Erzeugergroßmärkte, Absatzgenossenschaften, Erzeugerorganisationen und Versteigerungen. Der überwiegende Teil der Betriebe setzt über diesen Weg seine gesamte, zumindest aber mehr als 75 % seiner Produktion ab. Der zweite wichtige Absatzweg ist der direkte Verkauf an den Endverbraucher. Dazu gehören der Verkauf ab Betrieb, über einen Wochenmarkt oder über ein Ladengeschäft/Gartencenter. Die Betriebe können so durch den Wegfall von Handelsspannen bessere Preise erzielen. 450 Obstbaubetriebe und 200 Gemüseanbaubetriebe, etwa ein Drittel der Obst- bzw. Gemüseanbaubetriebe, verkaufen direkt an den Endverbraucher.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Lebensumstände älterer Menschen

Immer mehr ältere Menschen

Die Anzahl älterer Menschen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht und wird künftig noch in verstärktem Maße zunehmen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, beispielsweise in den Bereichen der Rentenfinanzierung und des Gesundheitssystems, sind erheblich.

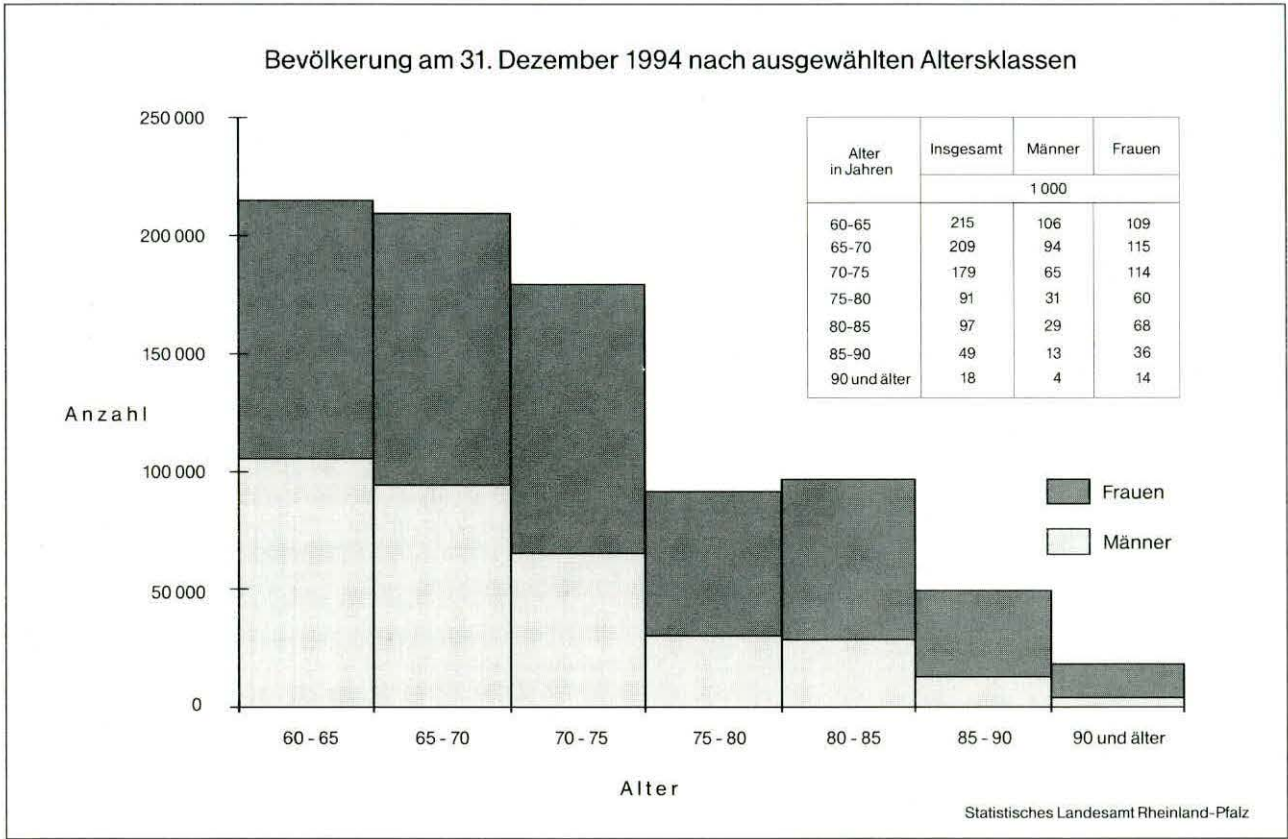
In der Altersgliederung der Bevölkerung spiegeln sich die zeitgeschichtlichen Ereignisse, welche die älteren Generationen mitgeprägt haben: Einschneidend wirken sich im Bevölkerungsaufbau nach dem Stand vom 31. Dezember 1994 vor allem das Ausbleiben von Geburten als Folge der Wirtschaftskrise um das Jahr 1932, heute die Altersklasse der 60- bis 65jährigen, und der Geburtenausfall des Ersten Weltkrieges, der sich bei den 75- bis 80jährigen zeigt, aus. Einen weiteren einmaligen Einfluß haben die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges in Form von vermehrten Sterbefällen, die unter Männern zu größeren Verlusten geführt haben als unter Frauen, wobei ein Teil dieser Jahrgänge aus der Zeit des Geburtenausfalls des Ersten Weltkrieges stammt und von daher bereits schwächer besetzt war. Als ständige Einflüsse führen die sinkende Sterblichkeit und die zurückgehende Fruchtbarkeit zu einer Verschiebung der relativen Gewichte der Altersklassen auf höhere Lebensalter, was zu der sogenannten Überalterung der Bevölkerung führt.

Die erheblichen Umschichtungen im Altersaufbau der Bevölkerung werden sich aufgrund der stark gesunken-

nen Geborenenzahlen sowie der allgemein zunehmenden Lebenserwartung in den kommenden Jahren verstärkt fortsetzen. Die aktuelle Bevölkerungsprognose geht davon aus, daß die Anzahl der Personen, die 60 Jahre und älter sind, bis zum Jahre 2030 um fast 40 % zunehmen wird. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird damit von gegenwärtig gut 20 % auf nahezu ein Drittel ansteigen.

Dabei wird die Entwicklung in den verschiedenen Altersjahrgängen dem gegenwärtigen unregelmäßigen Aufbau des Bevölkerungsbaums entsprechend unterschiedlich verlaufen. Beispielsweise wird die Zahl der im Rahmen der Diskussion um das Ruhestandsalter interessanten 60- bis 65jährigen zunächst nur bis nach der Jahrtausendwende kräftig ansteigen. Danach kommen jedoch die Geburtenausfälle des Zweiten Weltkrieges zum Tragen und bewirken, daß die Stärke dieser Altersgruppe voraussichtlich bis zum Jahre 2009 unter dem gegenwärtigen Niveau liegen wird. Der nach Kriegsende einsetzende Geburtenzuwachs, der in den Geburtenboom der 60er Jahre mündete, bewirkt die dann kräftig wachsende Zahl der 60- bis 65jährigen, die im Jahre 2030 nahezu 40 % über dem heutigen Stand liegen wird.

Unregelmäßige durch die derzeitige Bevölkerungsstruktur verursachte Entwicklungen zeigen auch die anderen Altersgruppen. Besonders eklatant ist der Verlauf bei den Hochbetagten. Im Jahre 2030 wird es fast doppelt so viele über 90jährige wie heute geben. Auffällig hohe Steigerungsraten sind mit 73 % auch für die



Bevölkerung 1975 – 2030 nach ausgewählten Altersklassen

Alter in Jahren	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2010	2030
Anzahl								
60 – 65	200 816	146 912	213 080	222 572	220 860	271 339	234 801	301 973
65 – 70	199 644	184 685	136 008	201 476	210 709	208 826	203 533	289 192
70 – 75	161 372	169 778	159 827	121 108	180 069	187 343	225 236	234 124
75 – 80	101 420	121 489	131 633	129 144	100 484	146 678	151 406	173 849
80 – 85	50 803	63 539	78 287	90 608	92 167	74 271	109 442	111 470
85 – 90	18 753	23 812	30 994	41 346	49 956	51 079	60 018	56 432
90 und älter	5 640	6 909	9 819	13 596	18 789	23 066	23 145	35 292
Insgesamt	3 665 777	3 642 482	3 615 049	3 763 510	4 002 340	4 134 586	4 171 738	3 681 838
unter 65	3 128 145	3 072 270	3 068 481	3 166 232	3 350 166	3 443 323	3 398 958	2 781 479
65 und älter	537 632	570 212	546 568	597 278	652 174	691 263	772 780	900 359
Anteil in Prozent								
60 – 65	5,5	4,0	5,9	5,9	5,5	6,6	5,6	8,2
65 – 70	5,4	5,1	3,8	5,4	5,3	5,1	4,9	7,9
70 – 75	4,4	4,7	4,4	3,2	4,5	4,5	5,4	6,4
75 – 80	2,8	3,3	3,6	3,4	2,5	3,5	3,6	4,7
80 – 85	1,4	1,7	2,2	2,4	2,3	1,8	2,6	3,0
85 – 90	0,5	0,7	0,9	1,1	1,2	1,2	1,4	1,5
90 und älter	0,2	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	1,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
unter 65	85,3	84,3	84,9	84,1	83,7	83,3	81,5	75,5
65 und älter	14,7	15,7	15,1	15,9	16,3	16,7	18,5	24,5

75- bis 80jährigen zu erwarten. Auch wenn die Entwicklung in allen Altersgruppen zwischenzeitlich rückläufig sein wird, ändert dies nichts an der langfristig eindeutigen Tendenz, daß die Anzahl älterer Menschen erheblich und nachhaltig zunehmen wird.

Sinkender Frauenanteil

Die Geschlechterrelation älterer Menschen unterscheidet sich deutlich von der jüngerer. Es werden zwar stets mehr Knaben als Mädchen geboren; durch die höhere Sterblichkeit des männlichen Geschlechts bedingt gibt es aber insgesamt und insbesondere in den höheren Altersjahren mehr Frauen als Männer. Auf die Gesamtbevölkerung bezogen kommen etwa 1 050 weibliche auf 1 000 männliche Personen. In der Altersgruppe 60 Jahre und älter fällt die Relation mit 1540 Frauen und bei den über 65jährigen sogar mit 1770 Frauen je 1000 Männer wesentlich krasser aus.

Ältere Frauen sind also besonders häufig vom Schicksal des Alleinlebens betroffen. Zukünftig sind hier jedoch erhebliche Verschiebungen zu erwarten, da die durch Kriegsverluste geprägten Jahrgänge aussterben und durch eine entsprechend stärkere Männergeneration ersetzt werden. So wird die Geschlechterrelation der über 60jährigen bis zum Jahre 2000 unter 1 400 und bis 2030 deutlich unter 1 300 Frauen je 1 000 Männer sinken. Zukünftig werden mehr Frauen eine längere Zeit mit ihrem Partner zusammen den Lebensabend verbringen.

In näherer Zukunft ist für die stark wachsende Zahl älterer Menschen der allmähliche Ersatz der infolge von Kriegsverlusten und Geburtenausfällen schwach besetzten Altersjahrgänge durch entsprechend stärker besetzte Generationen ausschlaggebend. Langfristig ist jedoch in erster Linie die steigende Lebenserwartung für die zunehmende Überalterung verantwortlich.

Steigende Lebenserwartung

Im Verlauf von gut 100 Jahren hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung mehr als verdoppelt. Aber auch in der jüngeren Vergangenheit ist ein noch deutlich positiver Trend zu verzeichnen. Anfang der 50er Jahre war für einen neugeborenen Knaben damit zu rechnen, daß er vor seinem 65. Geburtstag stirbt, zu Beginn der 70er Jahre lag die Lebenserwartung schon bei 67 und derzeit bei mehr als 73 Jahren.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung ist der Rückgang bei der früher großen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Aber auch im höheren Altersbereich hat sich die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert. So kann sich ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben scheidet, auf knapp 15 Jahre im Ruhestand freuen; gegenüber 1950 sind dies immerhin 3 Jahre mehr.

Die Lebenserwartung des weiblichen Geschlechts ist stets wesentlich höher gewesen. Derzeit hat ein Mädchen, das das Licht der Welt erblickt, die Aussicht auf

Lebenserwartung 1960/1962 – 1991/1993 nach ausgewählten Altersjahren und Geschlecht

Alter in Jahren	1960/62 ¹⁾	1970/72	1986/88	1991/93 ¹⁾
Männlich				
0	66,86	67,04	72,04	73,11
50	23,10	22,94	25,37	26,18
55	19,08	18,94	21,27	21,99
60	15,49	15,26	17,46	18,09
65	12,36	12,05	13,93	14,58
70	9,60	9,35	10,74	11,39
75	7,20	7,16	8,03	8,63
80	5,24	5,33	5,90	6,34
85	3,78	3,92	4,34	4,57
90	2,69	2,87	3,25	3,24
Weiblich				
0	72,39	73,57	78,56	79,48
50	27,00	27,42	30,71	31,41
55	22,65	23,08	26,21	26,89
60	18,48	18,89	21,85	22,51
65	14,60	14,95	17,69	18,35
70	11,12	11,41	13,78	14,45
75	8,16	8,39	10,31	10,93
80	5,85	6,01	7,44	7,88
85	4,17	4,24	5,28	5,48
90	3,03	3,05	3,77	3,76

1) Früheres Bundesgebiet.

ein gegenüber einem neugeborenen Knaben um mehr als 6 Jahre längeres Leben. Im Zeitablauf betrachtet ist festzustellen, daß die Unterschiede zwischen den Geschlechtern größer, und nicht wie häufig unterstellt wird, kleiner geworden sind.

Frauen haben in jedem Alter die Aussicht auf ein längeres Leben als die Männer. Eine heute 65jährige Frau kann damit rechnen, durchschnittlich knapp 4 Jahre älter als gleichaltrige Männer zu werden. Im Alter von 70 Jahren beträgt die Differenz immer noch mehr als 3 Jahre und selbst bei 85jährigen 1 Jahr.

Die Lebenserwartung wird nach herrschender Auffassung auch in Zukunft weiter steigen, wenngleich auch nicht in dem in der Vergangenheit beobachteten Ausmaß. Für die künftige Bevölkerungsstruktur ist es ein großer Unterschied, ob die Säuglingssterblichkeit oder die Sterblichkeit im höheren Alter zurückgeht. Bei sinkender Säuglingssterblichkeit bleiben Personen am Leben, die dann das Erwerbsalter durchlaufen und ggf. eine Familie gründen und Kinder haben. Bei einem Rückgang der Sterblichkeit im höheren Alter steigt lediglich der Anteil älterer Menschen.

Die Säuglingssterblichkeit hat inzwischen einen sehr niedrigen Stand erreicht, so daß hier, wie auch Vergleiche mit anderen Ländern vermuten lassen, allenfalls noch kleine Verbesserungen erwartet werden können. Da die Säuglingssterblichkeit einen besonders hohen Einfluß auf die durchschnittliche Lebenserwartung hat, sind auch für die Lebenserwartung bei der Geburt zukünftig Verbesserungen nur noch in geringerem Ausmaß zu erwarten.

Ein höheres Alter wird häufig mit einem deutlichen Verlust an Lebensqualität erkaufte. Der Anteil der Pflegebedürftigen in unserer Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren stark erhöht. Der zunehmende Anteil älterer Menschen wird daher zukünftig in verstärktem Maße die Bereitstellung entsprechender medizinischer und pflegerischer Angebote erfordern. Hier sind jedoch nicht nur stationäre Betreuungsmöglichkeiten angesprochen. Zunehmend wird auch die Pflege und Versorgung in der gewohnten häuslichen Umgebung nachgefragt. Damit stellt sich auch die Frage nach der familiären Situation älterer Menschen.

Familiäres Zusammenleben

Das unmittelbare soziale Umfeld ist für das alltägliche Leben älterer Menschen, das stärker als bei jüngeren von Krankheit und Gebrechlichkeit bedroht ist, besonders wichtig. Männer sterben in den meisten Fällen vor ihren Ehefrauen; so sind 45 % der über 60jährigen Frauen verwitwet. Rechnet man die Ledigen und Geschiedenen noch hinzu, kommt man zu dem Ergebnis, daß mehr als 55 % – das sind in absoluten Zahlen ausgedrückt knapp 300 000 – der älteren Frauen ohne Partner leben. Von den über 75jährigen Frauen mußten sogar mehr als 70 % den Tod ihres Ehemannes hinnehmen. Demgegenüber sind 80 % der 360 000 über 60jährigen Männer verheiratet und nur knapp 14 % verwitwet.

Unter dem Aspekt des Alleinlebens sind diese Zahlen angesichts einer zunehmenden Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften etwas zu relativieren. Nach überschlägigen Schätzungen – genauere Auswertungen läßt das Fragenprogramm des Mikrozensus derzeit nicht zu – leben jeweils etwa 6 000 der über 60jährigen Männer und Frauen mit einem Partner zusammen, ohne mit ihm verheiratet zu sein.

Bevölkerung im April 1994 nach Familienstand Altersklassen und Geschlecht

Alter in Jahren	Insgesamt	Davon mit Familienstand			
		ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden
	1 000				
Insgesamt					
unter 60	3 037,3	1 388,0	1 489,2	45,8	114,4
60 – 65	228,9	13,7	177,7	28,7	(8,8)
65 – 75	406,4	25,3	265,3	105,7	10,2
75 und älter	259,8	18,9	80,6	155,1	(5,2)
Männer					
unter 60	1 560,1	781,8	718,3	(9,0)	51,1
60 – 65	110,1	(7,0)	92,7	(6,2)	} (9,1)
65 – 75	170,4	(5,0)	144,5	17,3	
75 und älter	80,3	/	50,7	25,7	
Frauen					
unter 60	1 477,2	606,2	770,8	36,8	63,3
60 – 65	118,8	(6,8)	85,0	22,5	} 15,1
65 – 75	236,0	20,3	120,8	88,5	
75 und älter	179,5	16,2	29,9	129,5	

Familien im April 1994 nach ausgewählten Altersklassen, Geschlecht und Familienstand der Bezugsperson sowie Alter der Kinder

Alter der Bezugsperson in Jahren	Familien insgesamt	Davon				
		ohne Kinder	mit Kindern			
			ohne Alters- begrenzung	und zwar		
				unter 18 Jahren	18 Jahre und älter	28 Jahre und älter
	1 000					
Familien insgesamt						
unter 60	914,8	334,4	580,4	435,7	209,8	25,2
60 und älter	587,1	505,1	82,1	(5,8)	83,4	52,1
Insgesamt	1 501,8	839,4	662,4	441,5	293,4	77,4
Ehepaare						
unter 60	692,2	201,0	491,2	377,0	170,9	18,9
60 und älter	284,9	232,4	52,4	/	53,7	28,4
Insgesamt	977,1	433,5	543,6	381,5	224,8	47,4
Alleinstehende Bezugsperson ¹⁾						
unter 60	222,0	133,1	89,2	58,4	38,9	(6,3)
60 und älter	302,4	272,9	29,5	/	29,4	23,5
Insgesamt	524,8	405,9	118,8	59,9	68,7	30,0

1) Ohne ledige Alleinstehende ohne Kinder.

Die zunehmende Lebenserwartung bringt auch eine wachsende Zahl kranker und gebrechlicher Menschen mit sich. Offenbar gehen alte Menschen jedoch zunehmend seltener bzw. später in entsprechende Altenbetreuungseinrichtungen, da es auch Möglichkeiten der ambulanten Pflege gibt. Hier sind ergänzend jedoch auch familiäre oder nachbarschaftliche Unterstützungen gefordert.

Nur wenige ältere Menschen leben noch mit ihren Kindern zusammen. Etwa ab dem 45. Lebensjahr der Eltern lösen sich die Kinder vom Elternhaus zum Zwecke eigener Familiengründung oder – was immer häufiger der Fall ist – um als Alleinstehende einen eigenen Haushalt zu führen. Der Anteil der mit ihren Kindern zusammenlebenden Eltern geht mit zunehmendem Alter ständig zurück.

1994 gab es in Rheinland-Pfalz 456 000 Familien, deren Haushaltsvorstand 65 Jahre oder älter war. Hierzu zählen neben Ehepaaren mit Kindern und Alleinerziehenden auch Ehepaare ohne Kinder sowie verheiratet getrenntlebende, geschiedene und verwitwete, nicht jedoch ledige Personen. 10 % dieser Ehepaare bzw. Alleinstehenden lebten noch mit ihren Kindern zusammen. In Familien mit einer 60- bis 65jährigen Bezugsperson lag der Anteil mit über einem Viertel noch deutlich höher.

„Kinder“ sind in diesen Fällen zumeist erwachsene Personen. Von den gut 55 000 Kindern, die bei einer über 65jährigen Bezugsperson leben, sind fast 41 000 in einem Alter von 28 Jahren oder darüber. Das „Eltern-Kind-Verhältnis“ dürfte hier in der Regel dergestalt

sein, daß die soziale Verantwortung eher bei den Kindern liegt, die für ihre Eltern sorgen. Jedenfalls dürfte dies dann der Fall sein, wenn ein Elternteil bereits verstorben ist. Man sollte daher eher vom Zusammenleben Erwachsener unterschiedlicher Generationen als von einer Eltern-Kind-Gemeinschaft sprechen.

Ein großer Teil älterer Menschen lebt somit weder mit einem Partner noch mit Kindern zusammen. Von den rund 900 000 über 60jährigen betrifft dies 30 %, bei den etwa 670 000 über 65jährigen deutlich mehr als ein Drittel.

1,6 Personen je Haushalt

Während die Abgrenzung der Familie auf Ehegemeinschaft und Verwandtschaftsverhältnissen beruht, sind Haushalte als Personengemeinschaften nach dem Kriterium des gemeinsamen Wohnens und Wirtschaftens

Einpersonenhaushalte im April 1994 nach ausgewählten Altersklassen und Geschlecht

Alter in Jahren	Insgesamt	Männer	Frauen	
	1 000			%
60 – 65	35,4	13,9	21,5	60,7
65 – 70	43,0	10,1	32,9	76,5
70 – 75	64,8	8,9	55,9	86,3
75 und älter	123,6	20,8	102,8	83,2
65 und älter	231,4	39,8	191,6	82,8

**Einpersonen-Privathaushalte, Bezugsperson
65 Jahre und älter, im April 1994 nach monatlichem
Haushaltsnettoeinkommen und Geschlecht**

Ge- schlecht	Privat- haus- halte	Darunter Haushaltsnettoeinkommen von ... DM ¹⁾				
		unter 1 000	1 000 – 1 800	1 800 – 2 500	2 500 – 3 000	3 000 und mehr
	Anzahl	%				
Männer	39 800	8,5	32,4	32,2	11,3	13,6
Frauen	191 600	19,8	44,7	23,6	5,3	5,1

1) Ohne Selbständige in der Landwirtschaft, mithelfende Familienangehörige, Fälle ohne Angabe.

definiert. Die Darstellung muß auf die in Privathaushalten lebenden Personen beschränkt bleiben, da die Mikrozensus-Erhebung keine Angaben über die Heimbevölkerung ergibt. Personen mit mehreren Wohnungen sind mit jedem Haushalt, dem sie angehören, berücksichtigt.

In der Haushaltsstatistik wird nach der Art der Zusammensetzung zunächst zwischen Ein- und Mehrpersonenhaushalten unterschieden, die nicht nach Merkmalen sämtlicher Haushaltsmitglieder weiter aufgefächert werden. Dies bedeutet für die Betrachtung nach Altersklassen, daß nicht auf das älteste Haushaltsmitglied schlechthin, sondern auf die Bezugsperson des Haushalts abgestellt werden muß. In rund 459 000 Haushalten ist die Bezugsperson 65 Jahre oder älter. Davon sind die Hälfte Einpersonenhaushalte. In 42 % der Fälle leben zwei Personen zusammen. Größere Haushalte sind dagegen selten: Drei-Personen-Haushalte werden in 6 %, mehr als drei Personen nur in 1,7 % der Fälle geführt. Im Durchschnitt leben in einem Haushalt der älteren Bevölkerung 1,6 Personen.

Die Häufigkeit von Einpersonenhaushalten in Abhängigkeit vom Lebensalter der Bezugsperson steigt bereits von der Altersklasse 40 bis 45 Jahre an. Bezugspersonen, die zwischen 60 und 65 Jahre alt sind, leben zu einem Viertel allein. Im Alter von 65 bis 70 Jahren sind es 30 %, von 70 bis 75 Jahren 49 % und unter den noch älteren sind es zwei Drittel.

Die Differenzierung der in Einpersonenhaushalten lebenden älteren Bevölkerung nach dem Geschlecht läßt den mit zunehmendem Alter steigenden Anteil der alleinlebenden Frauen erkennen: In der Altersklasse der 60- bis 65jährigen beträgt der Frauenanteil 61 %. Für die 65- bis 70jährigen beträgt er bereits 77 %, für die 70- bis 75jährigen sind es 86 % und für die 75jährigen und älteren ergeben sich 83 %.

Ältere Menschen im Erwerbsleben

Das Erwerbsleben endet normalerweise in einem Alter von 60 bis 65 Jahren. Die hier betrachtete Bevölkerungsgruppe älterer Menschen steht also in der Regel nicht mehr im Erwerbsleben oder steht unmittelbar vor dem Eintritt in den Ruhestand.

Das Erwerbsverhalten läßt sich durch alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten beschreiben, die die Anzahl der Erwerbspersonen zur Bevölkerung in

Beziehung setzen. Diese Verhältniszahlen geben an, in welchem Ausmaß sich die Bevölkerung einer bestimmten Altersgruppe am Erwerbsleben beteiligt. Zu den Erwerbspersonen gehören neben den Erwerbstätigen auch die Erwerbslosen, deren Anteil bei den älteren Menschen jedoch nur gering ist.

Der langfristige Vergleich zeigt insgesamt gesehen eine stark abnehmende Erwerbsbeteiligung in den betreffenden Altersgruppen. Die Erwerbsbeteiligung der 60- bis 65jährigen Männer, die bis 1965 noch zunahm, ist danach – besonders in den 70er Jahren – ständig zurückgegangen, ein Ausdruck der Tendenz, nicht erst mit dem 65. Lebensjahr aus dem Erwerbsleben zu scheiden. Seit Mitte der 80er Jahre ist nicht einmal ein Drittel der Männer in diesem Alter den Erwerbspersonen zuzurechnen.

Auch bei den über 65jährigen zeigt sich eine stark rückläufige Erwerbsbeteiligung. Erwerbstätige in dieser Altersgruppe sind fast ausnahmslos Selbständige und mithelfende Familienangehörige, insbesondere in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe. Die fallenden Erwerbsquoten sind daher in erster Linie auf die abnehmende Zahl der Erwerbspersonen in diesen Wirtschaftsbereichen zurückzuführen. Während die Erwerbsquote hier 1970 noch bei Werten über 20 % lag, waren 1994 nur noch 3,5 % der Bevölkerung dieses Alters den Erwerbspersonen zuzurechnen.

Bei den über 60jährigen Frauen sind auf einem niedrigerem Niveau grundsätzlich die gleichen Entwicklungstendenzen zu verzeichnen. 1994 beteiligte sich gut jede zehnte 60- bis 65jährige und nur weniger als jede fünfzigste über 65jährige Frau am Erwerbsleben.

Angaben zur Erwerbstätigkeit liefert der jährlich durchgeführte Mikrozensus, der aber als 1 %-Stichprobe bei kleinen Besetzungszahlen nur begrenzt fachliche Differenzierungen zuläßt. Weitergehende Informationen über die Art der ausgeübten Tätigkeiten sind daher bei den hier betrachteten Altersgruppen nur sehr eingeschränkt möglich, da viele Positionen unterhalb der Nachweisgrenze von 5 000 Personen liegen.

Erwerbsquoten¹⁾ 1950 – 1994 nach ausgewählten Altersklassen und Geschlecht

Jahr	Alter in Jahren			
	60 – 65		65 und älter	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	%			
1950	69,3	35,0	32,6	20,4
1961	73,7	27,6	29,3	13,2
1970	76,6	27,9	17,0	7,0
1980	39,1	(9,2)	6,7	3,0
1985	32,2	10,5	4,9	(1,7)
1990	32,8	12,3	5,0	(1,7)
1991	33,5	11,8	4,8	(2,3)
1992	32,8	12,4	(4,4)	(2,1)
1993	32,1	10,4	(4,1)	(1,8)
1994	30,4	10,8	(3,5)	(1,7)

1) Erwerbspersonen bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters.

Eine Betrachtung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß der größte Teil insgesamt gesehen und auch bei den über 60jährigen dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen ist. Der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen ist hingegen in dieser Altersgruppe mit 14 % besonders hoch. Entsprechend geringer fällt der Anteil der älteren Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe aus.

Hinsichtlich der Stellung im Beruf zeigt sich mit mehr als einem Drittel ein besonders hoher Anteil Selbständiger in der Altersgruppe 60 Jahre und älter. Auch der Anteil – vornehmlich weiblicher – mithelfender Familienangehöriger fällt mit knapp 10 % in dieser Altersgruppe wesentlich höher als bei den jüngeren Erwerbstätigen aus.

Der Mikrozensus stellt auch die Frage nach den Gründen für die Beendigung einer Erwerbstätigkeit innerhalb der letzten 3 Jahre. Erwartungsgemäß geben hier mehr als 90% der über 60jährigen den Eintritt in den Ruhestand an; immerhin fast 30% der 60- bis 63jährigen und knapp 20 % der 63- bis 65jährigen machen hierfür gesundheitliche Gründe verantwortlich. Ein Drittel der 60- bis 63jährigen gibt an, nach einer Vorruhestandsregelung oder nach Arbeitslosigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden zu sein.

Auch Teilzeitarbeitsverhältnisse, eine Möglichkeit, die insbesondere von Müttern in Anspruch genommen wird, aber auch für die letzten Jahre des Arbeitslebens interessant sein kann, werden im Rahmen der Haushaltsbefragungen des Mikrozensus analysiert. Während insgesamt 16 % der abhängig Erwerbstätigen einer Teilzeittätigkeit nachgehen, sind es rund 20 % der 60- bis 65jährigen und 60 % in der Altersklasse 65 Jahre und älter.

Geringeres Einkommen älterer Frauen

Im Rahmen der Mikrozensus-Erhebung wird nach den monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder gefragt, und diese werden zu Haushaltseinkommen aggregiert. Die Ergebnisse sind jedoch nur bedingt aussagekräftig, vor allem, weil die Befragten hier mitunter fehlerhafte Angaben machen. Die Vermögenslage wird nicht ermittelt. Einkommens- und Vermögensverhältnisse können deshalb entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt und dann auch nur punktuell abgebildet werden.

Da die finanziellen Dispositionsmöglichkeiten erst im Haushaltszusammenhang sichtbar werden – die Grundaussgaben für die Lebensführung steigen im Verhältnis zur Größe des Haushalts unterproportional – erscheint das Nettoeinkommen des Haushalts gegenüber dem Individualeinkommen als die geeignetere Ausgangsgröße. Diese Zahlen werden jedoch nur mit Merkmalen der Bezugsperson – etwa dem Alter – in Beziehung gesetzt, weshalb die Resultate die tatsächlichen Verhältnisse auch nur insoweit widerspiegeln. Hinzu kommt, daß Frauen definitionsbedingt nur in besonderen Fällen den Status der Bezugsperson einnehmen.

Erwerbstätige im April 1994 nach Wirtschaftsbereichen, Stellung im Beruf und nach ausgewählten Alterklassen

Wirtschaftsbereich Stellung im Beruf	Insgesamt	Darunter Alter	
		unter 60	60 und älter
		1 000	
Land- und Forstwirtschaft	62,5	54,5	(8,0)
Produzierendes Gewerbe	663,7	648,4	15,3
Handel und Verkehr	283,7	272,9	10,8
Dienstleistungen	698,1	675,1	23,0
Selbständige	159,6	138,9	20,7
Mithelfende Familienangehörige	24,2	19,2	(5,0)
Beamte	144,2	140,5	/
Angestellte ¹⁾	736,1	722,8	13,3
Arbeiter ¹⁾	643,9	629,4	14,5
I n s g e s a m t	1 708,0	1 650,9	57,1

1) Einschließlich Auszubildende.

Damit sind lediglich für die in Einpersonenhaushalten lebende Bevölkerung Aussagen über die Haushaltseinkommen möglich. Hierfür ist die Haushaltsgröße klar bestimmt und die Zuordnungsregel, daß beispielsweise bei Ehepaaren grundsätzlich der Mann den Status der Bezugsperson erhält, wirkt sich nicht aus. Über diese Einschränkungen hinaus können die wirtschaftlichen Verhältnisse im Haushaltszusammenhang wegen der schmalen Datenbasis für rund 39 800 Männer und für 191 600 Frauen, die jeweils 65 Jahre oder älter sind, nur lückenhaft aufgezeigt werden. Gleichwohl erweist sich, daß insgesamt die älteren Frauen in Einpersonenhaushalten finanziell schlechter dastehen als die alleinwohnenden Männer. Weniger als 1 800 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen gaben 41 % der 65jährigen und älteren alleinlebenden Männer aber 65 % der älteren alleinlebenden Frauen an. Unter diesen Frauen sind rund 20 %, die sich mit weniger als 1 000 DM monatlich eingestuft haben. Beträge von 2 500 DM und darüber nannten 25 % der Männer sowie 10 % der Frauen.

Um die Darstellung der finanziellen Situation der älteren Bevölkerung nicht ausschließlich auf Einpersonenhaushalte zu beschränken, bleibt im Mikrozensus nur der Rückgriff auf die Auswertungen der Angaben zu den persönlichen Einkommensverhältnissen. Die Monatsnettoeinkommen geben Aufschluß über das individuelle laufende Einkommen der / des Einzelnen. Sie sind folglich losgelöst vom Haushaltszusammenhang und damit noch weniger als Armuts- bzw. Reichtumsindikatoren geeignet. Statt dessen liefern sie aber Hinweise auf den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit der einzelnen Person im Alter.

Insgesamt gesehen liegen die Individualeinkommen der bejahrten Frauen deutlich unter denen der Männer. Unter den 410 000 älteren Frauen, für die Angaben zum Einkommen vorliegen, hatten 47 % weniger als 1 000 DM netto im Monat; darunter waren 51 600 ohne eigenes Einkommen. Unter den 245 000 Männern liegen dagegen knapp 7 % unterhalb der 1 000-DM-Schwelle. Auf weniger als 300 DM bezifferten 24 % der Frauen ihr Einkommen, worunter mehr als die Hälfte – oder bezogen auf alle 65 Jahre und älteren Frauen

Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung, 65 Jahre und älter, im April 1994
nach Nettoeinkommen und Geschlecht

Ge- schlecht	Insge- samt ¹⁾	Ohne	Mit	Davon mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... DM									
		Angabe über das Einkommen	unter 1000	darunter		1000 – 1400	1400 – 1800	1800 – 2200	2200 – 2500	2500 – 3000	3000 – 4000	4000 und mehr	
				unter 300	dar. kein Eink.								
1 000													
Männer	250,7	/	245,1	16,5	/	–	25,3	41,0	50,0	31,7	31,3	27,5	22,0
Frauen	415,6	/	409,9	191,5	96,7	51,6	77,2	49,9	39,7	19,1	14,5	12,2	(6,0)
%													
Männer	x	x	100	6,7	/	/	10,3	16,7	20,4	12,9	12,8	11,2	9,0
Frauen	x	x	100	46,7	23,6	12,6	18,8	12,2	9,7	4,7	3,5	3,0	(1,5)

1) Ohne Selbständige in der Landwirtschaft, mithelfende Familienangehörige, Fälle ohne Angabe.

13 % – überhaupt kein eigenes Einkommen hatten. Mit weniger als 1 400 DM stuften sich 17 % der Männer und 66 % der Frauen ein. Beträge von 2 500 DM und darüber nannten 33 % der Männer und 8 % der Frauen.

Die älteren Menschen stehen zumeist nicht (mehr) aktiv im Erwerbsleben. Unter der insgesamt 666 000 Personen umfassenden 65 Jahre oder älteren Bevölkerung sind 97 % Nichterwerbspersonen. Die Differenzierung nach dem Familienstand ergibt, daß dieser Anteil für verwitwete mit 99 % am höchsten ist, gefolgt von den verheirateten mit 97 %, den ledigen mit 96 % und den geschiedenen mit 94 %. In der Geschlechterdifferenzierung ändert sich an dieser Rangfolge nichts, wohl aber liegen die Anteile für Frauen durchweg auf höherem Niveau.

Dementsprechend sind Renten und Pensionen auch die hauptsächliche Unterhaltsquelle der älteren Bevöl-

kerung. Der größte Teil der Männer, nämlich 95 %, bestreitet damit seinen Lebensunterhalt. Unter den ledigen Männern bildet zudem für 5 % der Bezug von Sozialhilfe die Haupteinkommensquelle. Der Unterhalt von Ehemännern und Witwern wird zu 96 bzw. 94 % aus Renten oder Pensionen bestritten. Unter den geschiedenen Männern leben von Sozialhilfe 12 %, von Unterhalt 6 % und von Erwerbstätigkeit 4 %.

Für 72 % der Frauen sind Renten und Pensionen ebenfalls die Haupteinkommensquelle. Ledige Frauen sind zu 13 % auf Sozialhilfe angewiesen. Für verheiratete Frauen dominiert der Unterhalt durch Angehörige, das ist in der Regel der Ehemann, mit 54 %. Für 5 % der Witwen und für 10 % der geschiedenen Frauen ist Sozialhilfe die vorherrschende Unterhaltsquelle.

Diplom-Ökonom Günter Ickler
Diplom-Betriebswirt (FH) Klaus Jungbluth

Einsatz von Shareware im öffentlichen Dienst

Im öffentlichen Bereich werden Arbeitsplatzcomputer unter anderem zum Bearbeiten von Schriftstücken, Tabellen und zur Datenhaltung (Datenbanken) eingesetzt. Diese klassischen Felder der Büroautomation werden mit den eingeführten Softwarepaketen der großen Hersteller bearbeitet. Begründet ist dies in der weiten Verbreitung dieser Produkte, verbunden mit der Sicherheit, daß diese auch in Zukunft verfügbar sind und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus gewährleisten diese Produkte, daß die an anderen Arbeitsplätzen erstellten Dokumente gelesen und bearbeitet werden können. Dieser direkte *Import/Export* von „fremden“ Dokumenten, oder auch der eigenen „älteren“, ist für viele Verwaltungen unverzichtbar. Hinzu kommt die Unterstützung der Standards zur Informations- und Dokumentenübertragung. Die Behörde sollte allerdings die Abhängigkeit von einem einzigen Anbieter vermeiden. Diese Zwänge überwiegen die Argumente, daß man gleichwertige Software am Markt wesentlich preiswerter finden kann. Gemeint ist die Software, die sich unter dem Sammelbegriff *Shareware* gruppiert.

Was ist Shareware ?

Shareware ist in Leistung und Verbreitung professionelle Software. Ihr Spektrum reicht vom kleinen Hilfsprogramm (Utility) über professionelle Textbearbeitung, von Betriebssystemen bis hin zu Texterkennungssoftware. Ureinigste Domäne der Shareware sind die Computerspiele, die aber in dieser Betrachtung unberücksichtigt bleiben sollen. Der Unterschied von Shareware zu der „normalen“ = kommerziellen Standardsoftware ist in der Tatsache begründet, daß Shareware nicht von einer großen Firma erstellt wurde, sondern von einer Gruppe weniger, manchmal nur einem Programmierer. Ursächlich hierfür ist, daß die Erstellung von Software, neben dem „Kopf und dem Talent“ des Entwicklers, nur einen leistungsfähigen Computer mit einer einschlägigen Systemsoftware erfordert.

Einziges Problem ist die Vermarktung des fertigen Produktes, hier also des Programms. Dazu bietet die Datenverarbeitung aber eine einzigartige, praktisch kostenlose Möglichkeit: Software läßt sich durch einfa-

ches Kopieren, das jeder Computerbesitzer beherrscht, vervielfältigen. Die Kopien können dann sofort weitergegeben werden. Erforderlich sind nur zusätzliche Datenträger. Die Verbreitung von Software ist damit praktisch zum Nulltarif möglich, was die vielen Raubkopien plausibel vor Augen führen.

Softwarevertrieb ohne Vertriebsweg ?

Die Möglichkeit der Verbreitung von Software zum Nulltarif macht sich Shareware zunutze. Per Lizenzbestimmung ist die *kostenlose Verbreitung* von Shareware und deren – auch private – Weitergabe nicht nur erlaubt, sondern *ausdrücklich erwünscht*. Die Verbreitung erfolgt üblicherweise in großen Paketen auf Disketten und auf Shareware-CDROMs. Büchereien z.B. unterhalten eigene Sharewareecken, wo man diese Programme legal kopieren kann. Sharewarehändler bieten Tausende von Programmen und große Kataloge an. Mailboxen halten – fast – jedes Sharewareprogramm zum Kopieren bereit.

Jede Fachzeitschrift veröffentlicht und bespricht neue, gute Shareware. Bei der Weitergabe ist das Erheben einer Weitergabegebühr oft ausdrücklich untersagt, es darf nur eine Bearbeitungs- oder Kopiergebühr zur Deckung der Bereitstellungs- respektive der Kopier- und Datenträgerkosten erhoben werden. Die Sharewarehändler halten sich daran, da der Kunde weiß, daß die Kopie kostenlos ist.

Shareware unterliegt dem üblichen Lizenzrecht

Lizenzrechtlich liegt Shareware nicht weit von „normaler“ Software entfernt. Während man die kommerzielle Software im Geschäft erwerben und bezahlen muß, bevor man sie benutzen kann und darf, ist bei Sharewareprogrammen die Nutzung ohne Gebühr für eine bestimmte Probezeit erlaubt.

Findet das Sharewareprogramm Gefallen, so ist es genau wie andere Software zu registrieren, und es fällt eine *Lizenzgebühr* an. Gefällt das Programm nicht, entspricht es nicht den Erwartungen oder ist es zu unhandlich, so ist es nach Ablauf der Testphase aus dem System zu entfernen. Die Lizenzierung/Registrierung ist aufgrund des nicht mitzufinanzierenden weil praktisch nicht vorhandenen Vertriebswegs viel günstiger als bei „normaler“ Software.

Bei der Bezahlung bieten die *Kreditkarte* oder die *Abbuchung über ONLINE-Dienste* (z.B. BTX oder CompuServe) moderne Zahlungswege. Dadurch wird auch der Erwerb von Shareware aus dem Ausland ohne Zusatzkosten möglich. Stehen diese Zahlungswege nicht zu Verfügung, so bleibt den Privatkunden nur die Banküberweisung. Für Firmen und Behörden ist eine Lizenzierung auch über Rechnung möglich. Mengenrabatte und Firmenlizenzen sind üblich.

Nach erfolgter Zahlung erhält man von den Autoren eine Freischaltung (activation-key). Sie beinhaltet die Lizenz. Die Weitergabe der lizenzierten Version oder

des activation-keys ist nicht erlaubt. Die Lieferung der lizenzierten Version und / oder des keys erfolgt im allgemeinen recht prompt.

Wie wird garantiert, daß der Benutzer auch tatsächlich lizenziert ?

Damit der Kunde die Lizenzierung nicht „vergißt“, wird er i.d.R. von dem Programm durch gelegentliche Meldungen daran erinnert. Auch kommt es vor, daß einige Funktionen nur in der lizenzierten Vollversion enthalten sind (crippleware). Zum Beispiel enthält die Sharewareversion des Virencheckers F-Prot keine Möglichkeit, Viren zu löschen; die unlizenzierte Version des Utilities CCost zur Ermittlung der Kosten einer CompuServe-Sitzung läßt das Speichern der Kosten nach Ende der Sitzung nicht zu. Mittlerweile hat sich eine „Szene“ entwickelt, die die faire Abwicklung des Lizenzierungsgeschäfts im Rahmen des „Shareware-Gedankens“ pflegt und auf schwarze Schafe hinweist.

Wer erstellt Shareware ?

Shareware wird nicht nur von jüngeren Informatikstudenten erstellt, sondern auch von größeren und kleineren Unternehmen, welche schon mehrere Jahre am Markt sind. Des weiteren wird Shareware von professionellen Programmierern praktisch „nebenher“ produziert, um sich durch irgendwie geartete Utilities die Arbeit zu erleichtern. Diese stellen dann oftmals fest, daß andere diese Unterstützung ebenfalls zu schätzen wissen und bieten ihr Programm als Shareware an.

Eine große Chance sehen in der Erstellung von Shareware die Programmierer aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Man nehme etwa das PT-DOS aus Moskau.

Ist Shareware dokumentiert ? Wer liefert Service ?

Da die Shareware ohne Vertriebsunterstützung verbreitet wird, muß Ihre Bedienung und Handhabung einfach und verständlich sein. Shareware kann keinesfalls ohne Handbuch auskommen. Häufig befindet sich die Dokumentation in druckaufbereiteter Form auf dem/ den Datenträger(n), so daß man sich das Handbuch selbst ausdrucken kann. Gelegentlich wird mit der Lizenzierung auch ein Handbuch zur Verfügung gestellt. Des weiteren besitzen die Sharewareprogramme i.d.R. viele Hilfsfunktionen.

Bei größeren Problemen oder auch bei Fehlern hilft der Autor weiter. Am liebsten per „Mailbox“, in Sonderfällen auch per Telefon oder Fax.

Die Dokumentation ist üblicherweise in Englisch verfaßt, zusätzlich in der einen oder anderen Landessprache. Abhängig vom Verbreitungsgebiet können durchaus 10-20 lokale Sprachversionen existieren. Dies zum Beispiel bei der einschlägigen Datenübertragungs- und Mailboxsoftware Frontdoor oder Gecho. Deutsch ist neben Englisch sehr weit verbreitet.

Was kostet Shareware?

Shareware kostet deutlich weniger als vergleichbare kommerzielle Software. Wird sie an Universitäten entwickelt (wie etwa LINUX - ein professionelles UNIX für PCs), so ist sie häufig kostenlos (freeware). LINUX mit Utilities, zusammen ca. 2 Gigabyte, kostet auf Datenträger (3 CDROMs) mit Handbuch beim Händler ca. 70 DM. Aus der Mailbox ist die freeware LINUX kostenlos, abgesehen von den anfallenden Telefongebühren. Häufig ist die *private Nutzung* von Shareware *kostenlos*, eine Gebühr fällt dann nur bei der Installation auf kommerziell genutzten Maschinen an. So zum Beispiel die Komprimierutilities Pkzip, LHARC und ARJ oder auch das oben erwähnte Virenutility F-Prot. Die Kosten einer Lizenzierung bewegen sich von einigen Mark, CCost ca. 40 DM, F-Prot ca. 70 DM bis zu wenigen 100 DM für anspruchsvolle Software wie ein Texterkennungsprogramm. Letzteres kostet als einschlägige kommerzielle Version weit über tausend Mark.

Mehrfachlizenzen und Firmenlizenzen sind häufig zum Preis von einigen wenigen Einzellizenzen zu erhalten. Updates einer lizenzierten Version sind oft kostenlos bzw. mit der einmaligen Lizenzgebühr abgegolten. Updates muß man sich allerdings selbst besorgen. Der Anschluß an eine „Mailbox“ ist von Vorteil.

Gelegentlich ist Shareware für eine Person lizenziert, der Name oder die Institution ist dann in dem activation-key verschlüsselt. Die lizenzierte Version kann dann ohne Genehmigung des Autors nicht weitergegeben werden. Dies ist als Schutz gegen sonst nicht zu verhindernde nichtautorisierte Weitergabe einer einmal lizenzierten Version zu sehen.

Shareware im Öffentlichen Bereich?

Shareware kann, wie schon oben erwähnt, in der öffentlichen Verwaltung sicher nicht für den Kernbereich der Vorgangsbearbeitung eingesetzt werden. Auch Betriebssoftware, auf deren Basis diese Anwendungen laufen, muß kommerzielle Software sein.

Sinnvoll und damit eine preiswerte Ergänzung zur Nutzung der kommerziellen Software ist der Shareware-Einsatz aber bei einer Reihe von *Anwendungsnischen* und *Sonderarbeiten*. Auch gibt es gelegentlich keine kommerzielle Software, etwa weil der Markt zu klein ist. Weitere Anwendungsgebiete sind dort, wo Daten einmalig bearbeitet werden, das heißt, wo es keine Notwendigkeit der Kompatibilität mit anderen Programmen gibt oder der Vorgang nicht wiederholt werden muß. Ebenso das Gebiet der *Utilities*, vom *Virenchecker* über *Packer* bis hin zur *ONLINE-Software* für

Datenübertragung. Auch zum Üben und Trainieren im Rahmen der Aus- und Weiterbildung kann Shareware neben kommerzieller Software eingesetzt werden: zum Beispiel LINUX für UNIX-Schulungen.

Geht die Unterstützung durch das Shareware-Programm aus irgendeinem Grund verloren, so ist kein Vorgang der Behörde betroffen. Einzig der Komfort zur Verwaltung, Virenprüfung oder Bildbearbeitung steht nicht mehr zur Verfügung und man muß sich für die Zukunft ein anderes Utility suchen.

Hier einige Beispiele:

- Utilities: Virenchecker, ONLINE / OFFLINE-Packer, Entpacker, Hardware-Tester, Plattenutilities, PC-Optimierer, PC-Verwaltungsprogramme,
- ONLINE-Software: Mailprogramme, Faxprogramme, Mailboxprogramme, ISDN-Programme, (Telefon-) Kostenprotokolle,
- Isolierte Funktionen zur einmaligen Bearbeitung von Daten: Bildbearbeitung, Texterkennung, Formatkonvertierer, Import-/Export-Filter, Systemumstellungutilities, Schnittstellenanpasser,
- Treiber, Schriften, Schriftverwalter,
- Betriebssysteme und Netzsoftware im Rahmen der Weiterbildung oder zur Evaluation.

Die einzige Einschränkung ist aus Sicht des Autors in der Tatsache begründet, daß der Benutzer Installation, Einarbeitung und auch Update von Shareware weitgehend selbständig machen muß. Dies zwingt andererseits den Autor des Programms dazu, eine einfache und intuitive Bedienung sowie ein gutes Handbuch zu liefern.

Es gibt zwar auch für *Shareware-Schulungen*, dies aber in der Regel nur für einzelne große Softwaresysteme, z. B. LINUX. Der Sharewareeinsatz ist damit stark an die jeweiligen *Systemadministratoren* in einer Behörde gebunden. Trotzdem können bei der Anschaffung wegen des kostenlosen Tests keine großen Fehler gemacht werden.

Um sich regelmäßig über Updates und Probleme informieren zu können, sollte allerdings ein Verantwortlicher für den Einsatz von Shareware über einen (dienstlichen) Zugang zu *Mailboxen* und *ONLINE-Diensten* verfügen.

Die Realisierung mancher Funktionen, wie etwa der Anschluß eines PCs an Mailboxen, ist ohne Einsatz von Shareware kaum möglich, da die in Frage kommende Software fast ausschließlich als Shareware angeboten wird.

Diplom-Mathematiker Karl Pammer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 904	3 938	3 946	3 948	3 949
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 001	1 932	2 479	1 383	1 181	2 841 ^p	2 377 ^p	1 501 ^p	1 142 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,1	5,9	7,6	4,1	3,6	8,5 ^p	7,3 ^p	4,5 ^p	3,5 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 524	3 378	3 499	3 310	3 121
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,3	10,8	9,9	9,6
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 656	3 571	3 311	3 616	3 498
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	10,9	10,2	10,8	10,8
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	22	19	17	20	17
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,1	5,4	5,0	5,8	5,3
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 132	- 193	188	- 306	- 377
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,4	- 0,6	0,6	- 0,9	- 1,2
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 299	10 631	11 664	11 505	10 810
* Fortgezogene	Anzahl	7 426	8 298	8 906	9 868	9 150
* Wanderungssaldo	Anzahl	3 873	2 333	2 758	1 637	1 660
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 664	13 845	14 288	13 793	14 312
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	117 703	132 876	125 334	124 622	125 976	132 475	129 126	129 303	132 036
* Männer	Anzahl	65 894	75 533	69 805	69 448	70 850	73 401	71 575	72 042	74 332
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 936	6 490	5 567	.	.	.	6 059	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	41 224	45 626	42 012	.	.	.	40 551	.	.
Arbeitslosenquote	%	7,5	8,4	7,9	7,8	7,9	8,4	8,2	8,2	8,3
Offene Stellen	Anzahl	19 617	19 749	22 802	15 528	14 371	27 935	23 972	17 179	15 734
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 533	808	920	.	.	.	774	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 528	3 713	4 211	.	.	.	4 429	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	35 286	15 101	5 921	6 483	7 239	2 469	4 488	6 075	6 747
Männer	Anzahl	28 635	12 001	4 056	4 493	5 024	1 626	3 093	4 538	4 941
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	13 805	12 886	12 953	13 901	14 274	11 931	12 602	12 957	14 025
* Rinder	t	4 111	3 757	3 939	4 013	4 421	3 114	3 517	3 574	4 413
* Kälber	t	29	26	24	27	33	22	29	27	36
* Schweine	t	9 550	8 996	8 891	9 765	9 697	8 705	8 972	9 266	9 473
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	61 723	61 949	59 652	60 935	56 293	65 015	60 284	61 206	57 242
Verarbeitendes Gewerbe^{7) 10)}										
Betriebe	Anzahl	2 594	2 488	2 478	2 470	2 472	2 240 ^p	2 239 ^p	2 237 ^p	...
* Beschäftigte	1000	357	335	336	334	333	327 ^p	331 ^p	328 ^p	...
* Arbeiter ⁸⁾	1000	235	220	220	219	219	214 ^p	212 ^p	211 ^p	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	30 320	29 009	30 166	28 942	29 762	28 230 ^p	28 457 ^p	28 589 ^p	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 706	1 661	1 589	1 577	1 997	1 630 ^p	1 589 ^p	1 600 ^p	...
* Löhne	Mill. DM	932	904	878	883	1 101	918 ^p	876 ^p	895 ^p	...
* Gehälter	Mill. DM	774	757	711	694	895	712 ^p	713 ^p	705 ^p	...
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 270	8 627	8 930	9 331	9 184	8 826 ^p	9 146 ^p	8 881 ^p	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 807	3 163	3 239	3 528	3 455	3 314 ^p	3 489 ^p	3 414 ^p	...
* Exportquote ⁹⁾	%	33,9	36,7	36,3	37,8	37,6	37,5 ^p	38,1 ^p	38,4 ^p	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; aufgrund methodischer Änderungen sind die Angaben bei Schweinen ab Juli 1994 und bei Rindern ab Januar 1995 mit früheren Ergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 10) 1995: Wegen Umstellung auf die europaeinheitliche Wirtschaftszweigsystematik sind die Angaben mit den Vorjahresdaten nur noch eingeschränkt vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000 t SKE	260	254	215	-	-	-	-	-
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	697	775	691	-	-	-	-	-
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	105	105	87	-	-	-	-	-
davon									
* leichtes Heizöl	1 000 t	47	40	30	-	-	-	-	-
* schweres Heizöl	1 000 t	58	65	57	-	-	-	-	-
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 070	1 142	1 179	1 176	1 184	1 142 ^p	1 116 ^p	1 145 ^p
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	234	245	222	262	275	224 ^p	216 ^p	239 ^p
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)									
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	108	120	124	123	139
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	110	118	122	122	122
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	120	125	144	140	132
Chemische Industrie	1985 = 100	114	121	123	125	125
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	118	115	115	157
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	104	161	127	140	259
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	69	76	87	83	83
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	116	130	121	125
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	50	41	56	32	37
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	153	162	173	184	194
Öffentliche Energieversorgung									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	458	435	471	493	368	433	482
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 114	3 192	3 181	3 340	3 263	2 978	3 076	3 292
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 459	1 520	1 542	1 583	1 628	1 381	1 488	1 640
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 054	2 104	2 045	2 197	2 101	1 942	2 000	2 110
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	479	484	366	556	554	380	453	531
Handwerk ⁷⁾									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	86	83	82	-	-	-	80	-
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	187	184	191	-	-	-	186	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen									
Bauhauptgewerbe									
* Beschäftigte	Anzahl	60 475	60 327	62 113	61 495	60 116	58 642	58 275	57 732
Facharbeiter	Anzahl	29 310	29 393	29 847	28 617	28 244	27 335	26 993	26 533
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 207	15 575	16 164	16 996	16 365	15 919	15 817	15 798
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 613	6 569	7 630	6 994	6 894	6 891	6 486	6 606
Privater Bau	1000	4 454	4 599	5 293	4 849	4 875	4 723	4 453	4 497
* Wohnungsbau	1000	2 666	2 896	3 402	3 137	3 151	2 794	2 728	2 715
Landwirtschaftlicher Bau	1000	41	29	23	37	24	31	9	9
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 747	1 674	1 868	1 675	1 700	1 898	1 716	1 773
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 158	1 970	2 337	2 145	2 019	2 168	2 033	2 109
Hochbau	1000	413	351	377	363	366	364	353	364
Tiefbau	1000	1 746	1 619	1 960	1 782	1 653	1 804	1 680	1 745
Straßenbau	1000	939	873	1 065	978	915	983	923	961
Löhne und Gehälter	Mill. DM	245	254	255	252	374	253	235	243
* Löhne	Mill. DM	194	201	205	200	297	204	186	193
* Gehälter	Mill. DM	51	53	50	52	78	49	49	51
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	820	907	923	992	816	837	852

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. - 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. - 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. - 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. - 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 056	1 277	1 166	1 029	1 029	864	838	755	736
* mit 1 Wohnung	Anzahl	639	720	667	539	539	502	479	456	423
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	221	297	264	242	243	184	170	146	146
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	196	261	235	248	247	178	189	153	167
* Umbauter Raum	1000 m ³	1 326	1 642	1 600	1 441	1 385	1 174	1 118	1 034	976
* Wohnfläche	1000 m ²	235	295	283	256	251	216	201	183	176
Wohnräume	Anzahl	10 849	13 551	12 942	11 838	11 566	9 853	9 079	8 138	8 144
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	533	681	670	611	592	506	483	451	422
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	4	2	1	–	4	4	1
Unternehmen	Anzahl	128	151	164	152	134	93	100	89	143
Private Haushalte	Anzahl	925	1 123	1 016	875	894	771	734	662	592
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	153	168	178	163	189	162	165	168	185
* Umbauter Raum	1000 m ³	799	747	767	750	901	928	796	667	755
* Nutzfläche	1000 m ²	125	128	127	124	132	148	113	113	126
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	194	193	168	212	205	228	139	153	140
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	23	20	37	25	16	27	15
Unternehmen	Anzahl	120	133	146	135	143	135	146	128	162
Private Haushalte	Anzahl	7	9	9	8	9	2	3	13	8
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 871	3 555	3 492	3 162	3 168	2 685	2 428	2 265	2 144
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 499	2 896	2 977	3 175	3 136	3 100
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 485	1 744	1 784	2 003	1 937	1 835
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	190	214	240	254	226	222
Dänemark	Mill. DM	40	47	50	53	49	59
Finnland	Mill. DM	21	22	23	28	23	26
Frankreich	Mill. DM	346	439	446	501	534	552
Griechenland	Mill. DM	22	21	23	19	25	19
Großbritannien	Mill. DM	231	283	279	347	325	301
Irland	Mill. DM	10	11	10	12	11	9
Italien	Mill. DM	183	226	241	254	239	166
Niederlande	Mill. DM	165	174	173	171	171	192
Österreich	Mill. DM	134	138	131	169	136	123
Schweden	Mill. DM	45	55	55	64	68	54
Spanien	Mill. DM	80	95	92	111	111	96
Portugal	Mill. DM	18	20	21	20	19	15
USA und Kanada	Mill. DM	186	228	208	211	254	211
Japan	Mill. DM	55	70	80	79	72	85
Entwicklungsländer	Mill. DM	339	379	387	374	368	386
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	138	148	141	157	156	233
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 967	2 132	2 241	2 143	2 350	2 226
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 169	1 284	1 382	1 291	1 359	1 377
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	171	194	201	204	208	243
Dänemark	Mill. DM	34	35	39	21	24	23
Finnland	Mill. DM	15	15	17	15	21	11
Frankreich	Mill. DM	265	331	423	398	386	452
Griechenland	Mill. DM	6	3	3	3	4	7
Großbritannien	Mill. DM	94	94	85	72	86	85
Irland	Mill. DM	11	14	11	23	15	16
Italien	Mill. DM	168	179	165	188	172	154
Niederlande	Mill. DM	163	174	169	154	196	214
Österreich	Mill. DM	98	97	117	64	110	52
Schweden	Mill. DM	39	40	47	41	49	19
Spanien	Mill. DM	83	88	85	86	78	82
Portugal	Mill. DM	23	20	20	22	12	20
USA und Kanada	Mill. DM	170	187	164	194	300	162
Japan	Mill. DM	109	80	70	79	74	76
Entwicklungsländer	Mill. DM	251	261	271	233	232	253
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64	91	104	116	122	138

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1995.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994			1995				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einzelhandel²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	99,1	98,1	99,1	98,6	98,6
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,2	125,8	126,0	127,6	130,3
Großhandel²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	109,7	108,7	109,6	109,5	109,9
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	123,1	126,0	135,9	134,8	136,1
Gastgewerbe²⁾										
Beschäftigte	1986 = 100	91,6	91,1	95,5	92,9	91,5
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	96,9	103,2	99,2	99,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,6	113,4	131,3	134,2	106,1
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	118,8	114,8	150,5	152,1	100,1
Gaststättengewerbe	1986 = 100	112,8	111,3	117,3	121,1	108,9
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	498	489	756	779	384	662	800	757	...
* Ausländer	1000	106	101	137	127	66	169	146	118	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 736	1 717	2 592	2 586	1 273	2 469	2 639	2 599	...
* Ausländer	1000	344	331	452	386	177	596	435	369	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 317	1 440	1 549	1 517	1 519	1 444 ^r	1 416
* Güterversand	1000 t	890	1 018	1 189	1 062	1 133	997 ^r	1 024
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 351	13 592	11 953	12 318	11 728	11 512	13 009	13 695	12 746
Krafträder	Anzahl	936	940	461	323	221	996	519	344	167
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 502	11 724	10 593	11 101	10 669	9 649	11 545	12 430	11 700
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	648	624	659	613	623	681	686	668
Zugmaschinen	Anzahl	138	148	149	143	123	157	152	131	123
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 582	9 246	9 597	9 934	9 483	9 258	9 687	9 401 ^p	9 475 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 509	1 495	1 624	1 565	1 403	1 778	1 597	1 448 ^p	1 353 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 073	7 751	7 973	8 369	8 080	7 480	8 090	7 953 ^p	8 122 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 046	2 041	2 199	2 198	1 946	2 346	2 150	1 916 ^p	1 799 ^p
* Getötete	Anzahl	40	38	34	28	44	43	47	39 ^p	29 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	25	24	17	15	33	19	27	26 ^p	21 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	9	4	4	12	5	4 ^p	2 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	2	1	2	4	4	7	3 ^p	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	6	4	5	5	3	5	6	5 ^p	5 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	533	510	517	537	496	608	489	445 ^p	407 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	311	293	279	323	307	301	276
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	86	97	74	49	143	93
Radfahrer	Anzahl	56	56	71	52	46	105	55
Fußgänger	Anzahl	57	55	42	55	66	42	51
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	83	84	76	67	68	93	101	76	118
Angemeldete Forderungen	1000 DM	49 827	53 368	49 149	36 313	51 658	47 955	55 842	65 048	91 207
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. – 2) Wegen der Berichtskreisneugabengrenzung ist noch kein Nachweis für 1995 möglich.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	112 376	119 477	116 829	·	·	·	126 168	·	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	110 428	117 459	114 852	·	·	·	123 981	·	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 046	20 750	20 809	·	·	·	22 175	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 205	19 956	19 907	·	·	·	21 179	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	841	794	902	·	·	·	996	·	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 247	9 450	9 528	·	·	·	10 265	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 745	8 431	8 412	·	·	·	8 622	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 502	1 019	1 116	·	·	·	1 643	·	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	80 135	87 259	84 515	·	·	·	91 541	·	·
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	71 424	78 424	76 287	·	·	·	80 716	·	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 711	8 835	8 228	·	·	·	10 825	·	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	104 081	106 975	104 013	·	·	·	108 226	·	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	18 567	19 211	17 436	·	·	·	17 999	·	·
* Termineinlagen	Mill. DM	42 122	40 248	41 141	·	·	·	40 846	·	·
* Spareinlagen	Mill. DM	43 392	47 516	45 436	·	·	·	49 123	·	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 324	3 370	3 460	2 407	3 380	3 225	3 476	2 697	3 251
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 365	1 369	1 523	759	1 422	1 330	1 624	803	1 361
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 053	1 071	800	811	1 360	1 458	742	850	1 378
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	187	188	–	– 6	557	550	– 103	–	535
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	123	79	398	– 119	– 86	– 114	372	– 106	– 75
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	55	43	75	38	20	31	42	17
* Zinsabschlag	Mill. DM	32	49	14	16	85	104	12	16	70
* Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	15	22	–	–	66	90	–	–	53
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	114	115	267	– 24	26	– 138	467	2	– 29
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	1	9	–	–	42	6	–	–	57
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 960	2 001	1 936	1 648	1 959	1 895	1 852	1 894	1 890
* Umsatzsteuer	Mill. DM	658	687	614	711	745	697	651	729	704
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 302	1 314	1 322	937	1 214	1 198	1 201	1 165	1 186
* Zölle	Mill. DM	215	214	207	215	151	218	257	236	250
* Bundessteuern	Mill. DM	504	507	481	427	441	574	617	489	514
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	1	– 0	0	0	0	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	498	496	471	418	426	496	474	414	443
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	2	5	5	5	3	71	137	68	64
* Landessteuern	Mill. DM	123	121	107	88	154	160	87	92	170
* Vermögensteuer	Mill. DM	27	23	1	9	63	68	3	7	78
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	56	57	52	56	54	55	50
* Biersteuer	Mill. DM	7	8	9	3	8	9	9	9	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	674	696	675	-	-	-	673	-	-
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	10	-	-	-	6	-	-
* Grundsteuer B	Mill. DM	124	131	142	-	-	-	144	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	463	469	443	-	-	-	453	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	69	63	-	-	-	52	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 345	2 434	2 364	1 909	2 371	2 351	2 416	2 000	2 263
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	626	671	390	655	679	728	390	653
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 241	1 293	1 212	1 069	1 276	1 097	1 071	1 098	1 095
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 002	997	1 054	727	1 040	1 010	1 185	814	1 057
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	585	587	659	323	607	542	716	340	574
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	284	275	289	271	278	306	382	309	312
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 158	1 166	1 081	-	-	-	1 040	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	413	397	375	-	-	-	351	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	534	542	473	-	-	-	470	-	-
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1991 = 100	107,7	110,6	111,0	110,9	111,0	112,9	112,8	112,7	112,7
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	107,4	107,4	107,3	108,4	108,2	108,1	108,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	110,5	112,8	-	-	113,6	115,9	-	-	115,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	23,60	24,41	-	24,60	-	-	-	25,51	-
Männliche Arbeiter	DM	24,51	25,27	-	25,46	-	-	-	26,37	-
Facharbeiter	DM	25,91	26,81	-	27,03	-	-	-	27,98	-
Angelernte Arbeiter	DM	23,56	24,26	-	24,43	-	-	-	25,31	-
Hilfsarbeiter	DM	20,83	21,33	-	21,52	-	-	-	22,48	-
Weibliche Arbeiter	DM	17,78	18,41	-	18,55	-	-	-	19,23	-
Hilfsarbeiter	DM	17,42	17,93	-	18,04	-	-	-	18,80	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,4	38,8	-	39,4	-	-	-	38,9	-
Männliche Arbeiter	Std.	38,6	39,0	-	39,7	-	-	-	39,2	-
Weibliche Arbeiter	Std.	36,8	37,3	-	37,6	-	-	-	37,2	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 631	5 757	-	5 792	-	-	-	6 005	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 082	5 210	-	5 243	-	-	-	5 435	-
männlich	DM	6 036	6 159	-	6 200	-	-	-	6 368	-
weiblich	DM	4 067	4 166	-	4 190	-	-	-	4 396	-
Technische Angestellte	DM	6 069	6 193	-	6 234	-	-	-	6 449	-
männlich	DM	6 203	6 335	-	6 375	-	-	-	6 601	-
weiblich	DM	4 613	4 689	-	4 736	-	-	-	4 888	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	4 033	4 207	-	4 257	-	-	-	4 435	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 018	4 193	-	4 243	-	-	-	4 402	-
männlich	DM	4 839	4 978	-	5 036	-	-	-	5 201	-
weiblich	DM	3 346	3 529	-	3 568	-	-	-	3 720	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	65 532	65 859	65 901	65 939	65 972
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	36 884	36 459 ^{p3)}	49 834 ^{p3)}	53 284 ^{p3)}	30 303 ^{p3)}	43 063 ^{p3)}	48 158 ^{p3)}	49 957 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	66 537	63 821 ^{p3)}	70 027 ^{p3)}	65 388 ^{p3)}	61 758 ^{p3)}	68 366 ^{p3)}	70 835 ^{p3)}	65 614 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	74 773	73 269 ^{p3)}	75 831 ^{p3)}	67 995 ^{p3)}	73 300 ^{p3)}	70 574 ^{p3)}	69 082 ^{p3)}	65 579 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 8 236	- 9 448 ^{p3)}	- 5 804 ^{p3)}	- 2 607 ^{p3)}	- 11 542 ^{p3)}	- 2 208 ^{p3)}	1 753 ^{p3)}	35 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1000	2 270	2 556	2 531	2 452	2 446	2 549	2 543	2 488	2 492
Männer	1000	1 277	1 462	1 422	1 377	1 374	1 431	1 418	1 390	1 394
Arbeitslosenquote	%	8,2	9,2	9,1	8,8	8,8	9,2	9,2	9,0	9,0
Offene Stellen	1000	243	234	247	241	230	291	277	257	231
Kurzarbeiter	1000	767	275	121	148	153	86	62	101	122
Männer	1000	615	219	92	110	113	64	48	77	93
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 805	6 368	6 377	6 365	6 326
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	565	534	507	557	540
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 832	156 137	146 412	171 522	159 680
Auslandsumsatz	Mill. DM	40 783	44 276	39 266	48 466	45 202
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	111	115	106	123 ^r	118
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	110	117	115	123	122
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	112	98	124	115
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	113	112	105	123	117
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	126	128	133	134	138
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 609	32 847	28 753	30 555	33 697	29 226	29 237
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 641	2 757	2 281	2 454	2 627	2 603	2 545
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 080	1 088	1 082	1 119	1 110	1 050 ^p	1 056 ^p	1 054 ^p	1 077
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	113	118	132	123	110 ^p	107 ^p	113 ^p	121
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 390	15 266	16 008	17 166	17 071	15 660 ^p	15 552 ^p	16 041 ^p	16 668
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	14 657	16 452	18 505	15 700	15 900	13 587	13 130	11 172	11 532
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 844	13 191	14 874	12 449	12 403	10 810	10 719	8 893	9 260
Wohnfläche	1000 m ²	3 315	3 786	4 232	3 709	3 889	3 229	2 935	2 658	2 727
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 678	2 713	3 088	2 833	2 848	3 046	2 990	2 620	2 738
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	43 674	48 878	54 578	47 711	51 207	42 402	37 681	34 621	35 515
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1991 = 100	134,7	134,0	125,0	133,6	134,7	92,5	92,8	98,0	96,0
Gastgewerbe ⁷⁾										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,8	123,9	131,5	137,1	134,3

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Wegen der Berichts-kreisneuabgrenzung ist noch kein Nachweis für 1995 möglich.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1993	1994				1995			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	52 366	57 106 ^p	53 726	56 372	60 451	57 632	55 702
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 651	32 955 ^p	28 946	32 887	36 320	32 193	30 612
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 562	3 822 ^p	3 785	3 855	4 230	3 284	3 400
Frankreich	Mill. DM	6 444	6 844 ^p	5 770	6 675	7 675	6 509	5 903
Großbritannien	Mill. DM	4 191	4 563 ^p	4 141	4 425	4 857	5 047	4 677
Italien	Mill. DM	3 956	4 324 ^p	2 937	4 391	4 714	4 494	3 375
Niederlande	Mill. DM	4 027	4 287 ^p	4 043	4 490	4 715	4 012	4 328
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	47 208	50 928 ^p	45 723	50 944	53 448	51 444	48 132
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	26 460	28 227 ^p	23 127	28 022	30 548	28 333	25 078
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 835	3 122 ^p	2 557	3 098	3 431	2 954	3 039
Frankreich	Mill. DM	5 453	5 638 ^p	4 416	6 028	5 977	5 447	4 587
Großbritannien	Mill. DM	2 956	3 178 ^p	2 782	3 165	3 389	3 323	3 044
Italien	Mill. DM	4 015	4 299 ^p	3 424	4 078	4 816	5 104	3 734
Niederlande	Mill. DM	4 163	4 174 ^p	3 452	3 751	4 748	4 219	4 025
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 758	4 065	3 929	3 957	3 986	4 183	4 203	4 233	4 272 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 920	3 143	3 056	3 083	3 104	3 172	3 187	3 219	3 231 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	838	922	874	874	882	1 011	1 016	1 014	1 041 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 511 ^r	2 591	2 526	2 522	2 527	2 561	2 580	2 584	2 591 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	859	941	894	898	902	973	979	987	997 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	46 856	48 752	40 719	55 841	39 858	43 438	41 634	56 268	41 420
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 482	28 588	20 139	38 197	19 703	22 540	21 194	38 131	19 988
Lohnsteuer	Mill. DM	21 499	22 210	21 514	20 239	20 314	24 799	23 332	21 354	21 498
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 769	2 126	- 1 823	9 297	- 1 587	- 3 570	- 3 144	8 567	2 246
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	18 025	19 642	20 140	17 643	18 917	19 483	19 905	18 135	20 002
Umsatzsteuer	Mill. DM	14 541	16 272	16 573	14 332	15 910	16 645	16 885	15 305	16 989
Zölle	Mill. DM	603	598	598	581	585	533	600	614	641
Bundessteuern	Mill. DM	7 813	8 791	9 282	8 297	8 653	10 822	11 453	11 469	10 370
Versicherungsteuer	Mill. DM	774	950	1 353	547	497	694	1 776	638	625
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 020	7 702	7 785	7 588	8 058	8 073	7 735	7 682	8 030
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	99,6	100,9	100,5	100,2	100,1	101,6	101,3	101,3	100,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	84,7	86,5	85,6	86,1	87,1	87,2	88,5	89,9	84,2 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	102,0	102,1	102,0	102,2	103,8	103,9	104,0	103,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	110,1	112,4	112,8	.	.	.	115,4	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	110,5	112,8	113,3	.	.	.	115,9	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	107,7	107,9	108,1	.	.	.	109,2	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	107,7	110,6	111,2	111,0	110,9	113,1	112,9	112,8	112,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	105,4	107,1	107,3	107,4	107,4	109,1	108,4	108,2	108,1
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	105,9	107,4	107,4	107,6	107,7	108,3	108,4	108,6	108,7
Wohnungsmieten	1991 = 100	111,6	116,7	117,3	117,6	118,0	121,5	121,8	122,1	122,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	102,0	102,2	102,2	102,0	102,1	101,0	101,0	101,5	101,1
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	106,2	108,2	108,4	108,5	108,5	110,0	110,0	110,1	110,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	106,2	108,9	109,1	109,2	109,3	110,7	110,6	110,9	111,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	108,5	111,8	112,6	112,0	111,8	112,9	113,0	113,3	113,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	106,5	108,4	108,2	108,5	108,8	109,4	109,5	109,9	110,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	113,9	118,5	123,8	120,2	118,0	128,2	126,9	123,0	120,8

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Jedes zweite Fahrzeug beanstandet

Im ersten Halbjahr 1995 wurden von den Stellen der Verkehrssicherheitsüberprüfung in Rheinland-Pfalz fast 550 000 Kraftfahrzeuge und über 47 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit geprüft. Das sind 2,5 % mehr Kraftfahrzeuge und 8,3 % weniger Anhänger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Bei 81 % der untersuchten Fahrzeuge handelt es sich um Personenkraftwagen. Von diesen wiesen 35 % geringe und 17 % erhebliche Mängel auf. 565 Pkw (0,1 %) mußten aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden. Am besten schnitten die Krafträder ab, von denen 67 % ohne erkennbare Mängel waren. schm

Weniger Straßenverkehrsunfälle, weniger Verletzte und Tote

Im Oktober 1995 wurden in Rheinland-Pfalz 9 401 Straßenverkehrsunfälle polizeilich registriert, darunter 7 953 reine Sachschadensunfälle. Dies sind 5,4 bzw. 5,0 % weniger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden sank sogar um 7,5 % auf 1 448. Es verunglückten deutlich weniger Personen (1 916; -13 %) als im Oktober 1994.

Unfälle Verunglückte	Oktober 1995			Jan. bis Okt. 1995	
	Anzahl	Veränderung gegenüber		Anzahl	Veränderung gegenüber Jan. bis Okt. 1994
		Sept. 1995	Okt. 1994		
Unfälle insgesamt	9 401	-2,7	-5,4	91 335	-0,6
mit Personenschaden	1 448	-8,2	-7,5	15 108	-0,4
mit nur Sachschaden	7 953	-1,6	-5,0	76 227	-0,7
		-9,7			
Verunglückte	1 916	-12,8		20 411	-1,2
Getötete	39	-15,2	39,3	364	-2,9
Schwerverletzte	445	-8,1	-17,1	5 061	-2,2
Leichtverletzte	1 432	-10,1	-12,3	14 986	-0,8

Im Zeitraum von Januar bis Oktober 1995 sank die Zahl aller Verkehrsunfälle gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,6 % auf 91 335, die der reinen Sachschadensunfälle um 0,7 % auf 76 227. Die Zahl der Schwerverletzten (5 061; -2,2 %) und Leichtverletzten (14 986; -0,8 %) ging ebenfalls zurück; die Zahl der Getöteten (364; -2,9 %) reduzierte sich im bisherigen Jahresverlauf noch stärker. Auf Autobahnen wurden in Rheinland-Pfalz von Januar bis Oktober 1995 insgesamt 48 Menschen getötet. In der gleichen Periode des Vorjahres waren es 56 Personen gewesen. kl

Einsatz von Shareware im öffentlichen Dienst

Die Standardsoftware renommierter Unternehmen ist oft teurer als gleichwertige am Markt verfügbare Shareware. Autoren dieser Software sind oftmals Einzelpersonen oder kleine Gruppen von Programmierern.

Für solche Art preiswerter Software bestehen auch im öffentlichen Bereich Einsatzfelder. Dies etwa für Nischenanwendungen oder im Bereich der Aus- und Weiterbildung bzw. der Utilities. Auf dem Gebiet der Utilities und der Datenübertragungssoftware gibt es häufig sogar nur Shareware.

Außerhalb des Kernbereichs der Vorgangsbearbeitung hinterläßt ein eventuelles plötzliches Fehlen dieser Software, etwa weil der Autor kein Interesse mehr an der Weiterentwicklung hat, in der Regel keinen größeren Schaden. pa

Mehr über dieses Thema auf Seite 40.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	1994	1995	Veränderung
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 447,4	1 469,3	1,5
Vermögensteuer	276,7	328,2	18,6
Erbschaftsteuer	139,6	135,4	-3,0
Kraftfahrzeugsteuer	734,8	725,5	-1,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	167,3	161,2	-3,6
Feuerschutzsteuer	34,4	18,3	-46,9
Biersteuer	94,6	100,7	6,5
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	7 040,3	7 106,7	0,9
Lohnsteuer	5 463,4	5 725,2	4,8
Veranlagte Einkommensteuer	394,6	226,6	-42,6
Kapitalertragsteuer	280,0	293,0	4,6
Zinsabschlag	259,9	256,8	-1,2
Körperschaftsteuer	642,3	605,1	-5,8
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	3 294,5	3 968,3	20,5
Umsatzsteuer	2 821,4	3 189,0	13,0
Einfuhrumsatzsteuer	473,1	779,3	64,7
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	95,0	237,7	150,3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	89,9	62,7	-30,3
I n s g e s a m t	11 967,0	12 844,8	7,3

Vorankündigung einer Veröffentlichung

Jetzt bestellen!

Das Statistische Landesamt wird den Band 361

„1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993“

in den nächsten Wochen veröffentlichen.

Mit Stichtag 30. September 1993 fand in der Bundesrepublik Deutschland eine 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe statt. Die letzte Erhebung dieser Art war im Jahre 1978 durchgeführt worden. Zwischenzeitlich erfolgte 1987 in Verbindung mit der Volkszählung eine totale Bestandsaufnahme der Gebäude und Wohnungen.

Erste Ergebnisse der 1993er Stichprobe wurden bereits in statistischen Berichten veröffentlicht und in Aufsätzen in den Statistischen Monatsheften kommentiert. Der vorliegende Band 361 weist das bundeseinheitliche Mindestveröffentlichungsprogramm nach, das in die Bereiche Gebäude, Wohnungen, Haushalte, Familien, Wohnumfeld sowie Wohnungsumzüge untergliedert ist.

Den Tabellen vorangestellt sind allgemeine Hinweise zur 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe sowie Erläuterungen von Begriffen und Merkmalen und die in den Statistischen Monatsheften veröffentlichten Aufsätze zu dieser Stichprobe. Im Anhang sind die erschienenen statistischen Berichte abgedruckt sowie die Tabellenköpfe der vorliegenden Ergebnisse des Verbundtabellenprogramms. Die gesetzliche Grundlage der Erhebung und die Erhebungsvordrucke – Gebäudebogen mit Grundstücksangaben und Wohnungsbogen mit Haushaltsangaben – schließen diese Veröffentlichung ab.

Den Band 361 „1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993“ können Sie beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, beziehen.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.